

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Wir sind da!



Foto: Jasper

EHEC

Ein neues Jahr, eine neue Epidemie. Keiner weiß woher. Die Verbraucher reagierten mit strikter Kaufzurückhaltung. Gemüsebauern bricht der Absatz weg. Direktvermarkter haben teilweise Vorteile, weil sie persönlich bekannt sind. Seite 12/13

Bauernsternfahrt

Die Traktoren aus Bayern, Ostfriesland, Hessen und Mecklenburg sind in Berlin angekommen. Unterwegs haben sie unzählige Kilometer zurück gelegt, Informationsveranstaltungen gemacht und Gespräche geführt. Viele Eindrücke auf den Seiten 12 bis 14

Tierhaltung

In Niedersachsen wird ein Tierschutzplan diskutiert, der das Kupieren von Ferkelschwänzen und den Schnäbeln von Hennen verbietet. Der Bauernverband will eine Verschärfung verhindern. Die Bevölkerung fordert eine artgerechte Haltung. Seite 10 und 14

Die Seite 3

Den Panda in den Tank gesteckt 3

Agrarpolitik

Berufsgenossenschaft: Die Kleinen zahlen für die Großen . . . 4

Es muss bei den kleineren Betrieben mehr ankommen. . . . 5

Die ungerechte Seuche 6

Folgen von EHEC für die Landwirtschaft 7

Härtefallregelung für Altenteiler 16

Bewegung

Bauern wehren sich 8

Von Agrarrebelln und Agrikultur 10

Tierhaltung

Tierschutzsiegel auch für industrielle Haltungsformen? . . . 11

Ausbildungsstätte mit Stroh oder Spaltenböden? 11

Schwerpunkt

Bäuerliche Gastfreundschaft begleitet Sternfahrer 12

Tafeln vom Kanzleramt 13

Viel Diskussionsbedarf um Tierschutzplan 14

Für faire Preise nach Berlin 14

Nachbau

Kleinsterzeuger dürfen weiter Sorten tauschen 15

Gentechnik im Essen 15

Gentechnik

„Der Kampf ist ein gemeinsamer“ 17

Aus fernen Ländern

Japan 20

Weitere Themen

Zu Besuch bei Hans-Joachim Jansson und Ralf Wey, Seite 9; Ein Bauer erzählt, Leserbrief Seite 19; Lesen, Seite 21, Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Impressum **b** *unabhängige*
auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertiebsstück 1 K 12858E

Inhaltsverzeichnis

Ob jung oder alt, ob BDM oder AbL, ob Tierschützer oder Schweinehalter – bei der Bauernsternfahrt 2011 waren nahezu alle Interessengruppen vertreten, die derzeit an der Neuausrichtung der GAP mitarbeiten. Im ersten Moment hält man diesen Umstand für völlig normal, schließlich treten die verschiedenen Organisationen schon seit geraumer Zeit gemeinsam auf. Oft beschränkt sich die Zusammenarbeit allerdings darauf, dass die Logos der verschiedenen Institutionen auf ein und dasselbe Plakat gedruckt werden. Das war diesmal anders. Durch die über 50 verschiedenen Stationen, welche die Sternfahrt besucht hat, und durch die lange Zeit, welche die Sternfahrerinnen und Sternfahrer miteinander verbracht haben, wurde man miteinander konfrontiert, hat sich kennen gelernt. Und das war gut so!



Da diskutierte der angehende Biobauer mit dem erfahrenen, konventionellen Landwirt beim Abendessen über die Unmöglichkeit bzw. Möglichkeit, mit der ökologischen Landwirtschaft die Welt zu ernähren. Oder der BUND Vertreter aus Sachsen mit Mitgliedern des BDM Ostfriesland auf einer Veranstaltung in Magdeburg darüber, wie die geplanten Riesenmastanlagen bestmöglich verhindert werden können – ein Novum! Und ein Dialog, den es dringend wei-

Kommentar

Ein Bündnis füllt sich mit Leben

ter zu führen gilt. Denn wir müssen uns kennen lernen. Wir müssen unseren Blickwinkel erweitern und die Ansichten und Aktivitäten unserer Bündnispartner verstehen lernen. Und wir müssen, und dies ist ganz entscheidend, von den Stärken und Schwächen unserer Partner wissen. Denn wenn wir die Stärken zusammenführen, dann kann Großes entstehen. Das hat die Sternfahrt eindrucksvoll bewiesen.

Wenn die Bauernsternfahrt etwas gezeigt hat, dann ist es die Tatsache, dass wir mit unseren Forderungen und Anliegen absolut den Nerv der Zeit treffen. Denn sowohl Bäuerinnen und Bauern als auch Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich mit den Anliegen der Sternfahrt verbunden, und zwar deutschlandweit. Keine industrielle Tierhaltung, ein klares Nein zu Gentechnik auf den Feldern, im Futter und bei Tieren, faire Preise und Erzeugerstrukturen, ein Ende der Atomenergie und die Forderung nach einer transparenten Suche nach einem sicheren Lagerplatz für radioaktive Brennelemente. Nicht nur in Westdeutschland sind wir auf breite Unterstützung gestoßen. Auch im Osten gingen die Fenster und Türen der Wohnhäuser auf, um dem bunten Treckerzug anerkennend Beifall zu klatschen – eine wichtige gemeinsame Erfahrung. Denn das Konzept einer bäuerlichen, sozialen und ökologischen Landwirtschaft gilt für Ost und West gleichermaßen. Umso wichtiger ist es für unsere zukünftige Arbeit, gerade im Osten Deutschlands weiter aktiv zu sein.

Denn viele Bäuerinnen und Bauern in Ostdeutschland fühlen sich durch die Forderungen, welche die Sternfahrt an die Politik gestellt hat, bedroht. Auch wenn Bäuerinnen und Bauern, anders als die Agrarindustrie, keinen Grund dazu haben. Denn das Ziel unserer Forderungen ist es nicht, bestehende Strukturen zu zerschlagen, sondern politische Anreizsysteme zu schaffen, die es den Bäuerinnen und Bauern ermöglichen, umweltverträglich, sozialverträglich und selbstbestimmt zu wirtschaften und gleichzeitig einen angemessenen Lohn für ihre harte Arbeit zu erhalten. Wenn wir es schaffen, dieses Anliegen auch in Ostdeutschland zu vermitteln, wird es im nächsten Jahr mit Sicherheit eine noch stärkere Route aus Mecklenburg-Vorpommern geben.

Wir haben viel erreicht auf unserer Tour durch die Republik. Jetzt gilt es, die neuen Kontakte zu nutzen, gemeinsam an den nächsten Schritten zu arbeiten und gemeinsam auf dem Weg zu bleiben. Denn sicher ist eines auf jeden Fall: Der Weg in eine bäuerliche Zukunft geht noch ein Stück – packen wir's an!

Phillip Brändle

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Agrarstudent in Witzenhausen

Den Panda in den Tank gesteckt

Wie die Soja- und Palmölkonzerne den WWF benutzen, um Gentechnik und die Vertreibung von Kleinbauern als nachhaltig zu definieren. Ein Interview mit dem Filmemacher Wilfried Huismann über seinen Film „Der Pakt mit dem Panda“

Herr Huismann, vor kurzen lief bei der ARD ihr Film „Der Pakt mit dem Panda“, der die Rolle der Umweltschutzorganisation WWF bei der Produktion von Soja und Palmöl beleuchtet. Sie waren während der Recherche unter anderem in Argentinien. Welche Eindrücke hat der Sojaanbau bei Ihnen hinterlassen?

Soja ist ja die Hauptquelle für Biodiesel. Über 70 Prozent der argentinischen Produktion gehen nach Europa und liefern nicht nur Öl, sondern uns auch ein gutes Gewissen, dass wir regenerative Energien benutzen. Die Sojaproduktion ist keine landwirtschaftliche Produktion im engeren Sinne, das ist Agro-Industrie. Dazu braucht man auch keine Bauern mehr. Riesen Flächen, die mit industriellen Methoden betrieben werden. Plantagenwirtschaft, wo auch die größten Konzerne des Agrobusiness, wie Cargill, der weltgrößte Getreidehändler, Plantagen und Raffinerien betreibt, um daraus Diesel für Fahrzeuge herzustellen.

Welche Bedeutung haben diese Entwicklungen für andere Länder?

Das ist sozusagen das weltgrößte Labor des Agrobusiness, insbesondere für den Gentechnikkonzern Monsanto, denn in Argentinien sind über 90 Prozent des Sojas gentechnisch verändert. Das ist sozusagen ein Modell für die Welt und wird von Monsanto genutzt, um zu zeigen, wie produktiv man sein kann. Es dient damit auch als Modell für die Lösung der Ernährungsprobleme der Zukunft unter dem Motto: We feed the World.

Sie zeigen sehr eindrucksvoll, welche Konsequenzen diese Form der Landbewirtschaftung für die einheimische Bevölkerung hat. Die Menschen werden immer mehr zurückgedrängt, die Pestizidflugzeuge fliegen bis unmittelbar an ihre Grundstücke, wenn nicht gar darüber. Auf der anderen Seite erklärt der Chef von WWF Argentinien, Dr. Hector Laurence, es wäre gar nicht sichergestellt, dass diese Menschen überhaupt die Eigentümer des Landes seien. Sie seien einfache Menschen ohne Bildung, das müsse und könne man ändern. Ist es das Ziel des WWF, den Menschen Bildung und einen besseren Lebensstandard zu bringen?

Nein. Das ist nur ein rhetorisches Argument. Im Grunde geht es dem Agrobusiness nur darum, wie man diese Waldbauern loswerden kann. Man

kann ihnen entweder, wenn sie Besitztitel haben, ihr Land abkaufen. Meistens ist es in diesem Trockenwald Argentiniens aber so, dass die Bauern kein Besitztitel haben, sondern ein Gewohnheitsrecht, denn der Wald gehört dem Staat. So ist es auch im Fall der Familie Rochas, die man im Film sieht. Sie wohnten und arbeiteten in einem Gebiet, das eigentlich ein Naturreservat war. Nach dem Gesetz der Provinz dürfen da Menschen leben und arbeiten. Um Geld zu machen, hat die Provinzregierung den Status Naturreservat abgeschafft und das Land an die Sojaindustrie verschachert.

Was passierte mit den ansässigen Familien?

Mit dem Gewohnheitsrecht ist es eine schwierige Sache. Die Menschen leben in dem Gebiet seit 60 bis 70 Jahren, in der dritten Generation und sind natürlich total schockiert. Dann wird ge-dealt, man bietet Ersatzland an, das dann aber in der Rege schlechter ist und weiter weg oder mitten in diesen Sojafeldern liegt. Es gibt eine Massenflucht vom Land weg aus Angst vor den Folgen der Pestizideinsätze. Im Grunde ist das ein Abbild der Zukunft einer von Monsanto geprägten Landwirtschaft. Das ist eine Horrorvision!

In Ihrem Film werden die enorm unterschiedlichen Lebenswelten der Beteiligten offensichtlich. Auf der einen Seite der argentinische Chef des WWF, eloquent im Anzug, ganz weltmännischer Geschäftsmann, um keine Antwort verlegen, der sich rühmt, Industrie und Naturschutz zusammengebracht zu haben. Auf der anderen Seite die Bewohner des Trockenwaldes. Einfache Leute, die nur für das Auskommen ihrer Familie arbeiten und für die die Machenschaften und Interessen großer Konzerne gänzlich unbekannt sind. Muss das Aufeinandertreffen dieser ganz unterschiedlichen Interessen, Lebensweisen und Kulturen nicht zwangsläufig zu Problemen führen?

Die Menschen dort haben mir oft gesagt, dass Biodiesel vielleicht eine Lösung der Energieprobleme in Europa und den USA ist. Für sie aber ist das Ökoimperialismus der schlimmsten Art, weil es wie eine zweite Kolonialisierung ist. Ihnen wird das Land von einer industriell geprägten Monokultur weggenommen. Und es wird ihnen auch die Ernährungssouveränität weggenommen. In Argentinien gibt es zum

ersten mal Fleischknappheit. Selbst Rindfleisch wird zum Teil importiert, weil die Flächen für traditionelle landwirtschaftliche Produkte verschwinden und aufgekauft werden. Das ist sicherlich auch ein Aufeinanderprallen von Kulturen, die Bauernkultur Argentiniens, die Pampakultur, wird vernichtet, ist zu Teilen schon weg und auch viele Dörfer sind nur noch Ruinen.

Ihr Film hat den Titel „Der Pakt mit dem Panda“. Sie beleuchten insbesondere die Rolle des WWF als Umweltschutzorganisation bei den Entwicklungen hin zu einer industriellen Soja und Palmölproduktion.

Wenn man das Beispiel Argentinien nimmt, wird deutlich, dass es eine richtige politisch entwickelte Strategie gibt. Als die Industrie mit der Sojaisierung des Landes begann, haben sie sich natürlich auch Gedanken darüber gemacht, wie man so etwas gesellschaftspolitisch durchsetzen kann, weil zu erwarten war, dass auch große Teile der argentinischen Gesellschaft es nicht toll finden, wenn ihr Land in eine Sojawüste verwandelt wird. Und daher war die Entscheidung sehr gezielt und sehr bewusst: Wir müssen eine große gesellschaftliche Gruppe gewinnen, die moralische Autorität hat. Und sie haben es zuerst mit der katholischen Kirche und dem Vatikan versucht. Der Vatikan hat sich dazu nicht bereit erklärt und lehnt es nach wie vor ab. Die einzige zivile Organisation von Bedeutung und mit moralischer Autorität, die sie gefunden haben, war der WWF, der in Argentinien etwas anders heißt: FVS, Fundación Vida Sívestre, aber eine Mitgliedsorganisation des WWF weltweit ist. Das war in Argentinien eine sehr gezielte Strategie, die von der Industrie ausging und in Person von Dr. Laurence umgesetzt wurde, der schon immer Unternehmer war und dann auf einmal WWF Präsident wurde.

Wie ging es dann weiter?

In Argentinien hat man den WWF dazu gebracht, die Monokultur Soja als positiv zu definieren. Dieses Modell der Kooperation von Naturschutz und Industrie wurde dann auf Weltebene durch die Gründung des Round Table for responsible Soy (RTRS), also des Runden Tisches für verantwortungsvolle Soja verbreitert. Dieser Runde Tisch, bei dem der WWF die Führungsrolle hatte, ist eine Weltorganisation, die auch Standards verabschiedet hat,

was eigentlich nachhaltiges Soja ist. Darin sind alle großen Unternehmen der Branche und auch Energieunternehmen vertreten und die verleihen sich jetzt praktisch selber das Gütesiegel „Aus nachhaltiger Produktion“. Ein Etikettenschwindel von Anfang an.

Haben Sie zu Beginn Ihrer Recherchen mit einem derartigen Ergebnis gerechnet?

Für mich persönlich war es schon ein Schock zu erfahren, dass der WWF das mitmacht. Und das Zertifikat gilt ja dann für alle Länder, in denen Soja und Palmöl produziert wird. Der WWF hat 2010 auch akzeptiert, dass Monsanto diesem Zertifizierungssystem für Nachhaltigkeit beiträgt und dass damit auch gentechnisch verändertes Soja als nachhaltig bezeichnet werden darf.

Der WWF Deutschland sagt aber doch immer: Wir haben mit Gentechnik nichts zu tun.

In der Praxis ist es aber so, dass der WWF in Europa mit einem eigenen Lobbybüro in Brüssel vertreten ist und, seit es den RTRS gibt, versucht er, die Europäische Union davon zu überzeugen, dass man das als Standard anerkennt und es dann als regenerative Energie importiert werden darf, denn es ist ja gesetzlich geregelt, dass diese Energieträger nur noch aus nachhaltiger Produktion stammen dürfen. Insofern ist es eine Doppelmoral, weil man der Gentechnik hilft, eine Anerkennung als nachhaltig zu bekommen.

Welches Interesse verfolgt der WWF mit diesem Verhalten?

Wenn man diese Strategie verstehen will, so sagte mir ein hoher WWF-Funktionär aus den USA, der namentlich nicht genannt werden will, dann müsse man der Spur des Geldes folgen. Der WWF hat natürlich materielle Vorteile. Genau verstehe ich es aber nicht. Vielleicht ist es eine Mischung aus Geldbedürfnissen und einer psychologischen Seite. Ich glaube, dass sich viele Funktionäre des WWF bei dem Gedanken wohlfühlen, dass sie zum Jet Set dazugehören und dass sie auf Augenhöhe mit der Industrie verhandeln können, um kleine Verbesserungen zu erlangen, was sie ja durchaus versuchen. Es ist aber, wenn es denn so wäre, als wenn der Schwanz denkt, er wedelt mit dem Hund.

Vielen Dank für das Gespräch

Berufsgenossenschaft: Die Kleinen zahlen für die Großen

Die Umgestaltung der Beitragserhebung in NRW geht zu Lasten der Mehrzahl der Betriebe. Datengrundlage fragwürdig

Die Mehrzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen muss sich auf weiter steigende Beiträge zur Unfallversicherung einstellen. Die größeren Betriebe können dagegen auf niedrigere Beiträge hoffen. Das wurde auf der Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft NRW (LBG NRW) Ende Mai deutlich.

Teurer werden die Beiträge der Betriebe jeweils unterhalb folgender Grenzen: 32 Milchkühe einschließlich Deckbullen, 820 Mastschweine Jahresproduktion bzw. 330 Mastplätze, 77 ha Mähdrusch-Fläche, 12 ha Intensiv-Grünland bzw. 50 ha Extensiv-Grünland und 135 ha Forst. Bei den Sauen wird es ab der ersten Sau teurer. Für Betriebe bzw. Betriebsbereiche, die über diesen Grenzen liegen, werden die Beiträge dagegen sinken. Damit steigen die Beiträge für ungefähr die Hälfte aller Milchviehbestände, für ungefähr die Hälfte aller Mastschweinebestände und für über 85 Prozent der Mähdruschbetriebe.

Insgesamt wird die Summe aller Beiträge in etwa gleich bleiben, so dass es sich um eine reine Umverteilung zwischen Betrieben bzw. Betriebsbereichen handelt.

Ursache Degression

Grundlage der vom Vorstand der LBG NRW vorgesehenen Umverteilung von unten nach oben ist ein Gutachten des Hohenheimer Agrarökonomen Prof. Dr. Enno Bahrs, der auch für andere regionale Berufsgenossenschaften sowie für den Spitzenverband gutachterlich tätig ist.

Für NRW schlägt Prof. Bahrs vor, dass nunmehr für fast alle Produktionsverfahren eine Degression bzw. Abstufung bei der Berechnung der Beitragseinheiten eingeführt wird. Ein Hektar Weizen ergibt dann in einem Betrieb mit höchstens 5 ha Mähdruschfläche 1,3 Beitragseinheiten, während der gleiche Weizenschlag in einem 1.000 ha Betrieb nur halb so viele Beitragseinheiten bringt.

In der Tierhaltung sind die Spannen noch größer: Eine Milchkuh in einem Betrieb mit höchstens 20 Milchkühen (Beginn der Degression) wird mit 6,1 Beitragseinheiten belegt, während eine Kuh in einem Betrieb mit 400 oder mehr Kühen (neues Ende der Degression) mit nur 43 Prozent so viel Beitragseinheiten belegt ist. Bei Mastschweinen beginnt

die Degression bei 25 Tieren (bzw. Plätzen) und endet bei 2.000 Tieren. Bei Masthähnchen kostet das Hähnchen in einem 50-Tier-Bestand 28 mal so viel wie in einem Bestand mit 40.000 oder mehr Hähnchen.

Risikogruppen

Die Beitragseinheiten eines Betriebes ergeben, multipliziert mit bestimmten Hebesätzen, den Bruttobeitrag des Betriebes. Dabei gibt es drei verschiedene Hebesätze: einen für die Risikogruppe Flächenwirtschaft, einen für die Risikogruppe Tierhaltung und einen für den Forst. Die unterschiedlichen Hebesätze entstehen daraus, dass alle Beiträge der Betriebe, die z.B. für Tierhaltung gezahlt werden, ausreichen müssen, um alle Ausgaben der Berufsgenossenschaft für Unfälle bzw. Renten abzudecken, die mit der Risikogruppe Tierhaltung zusammenhängen. Für Flächenwirtschaft und Forst gilt entsprechendes.

Bernd Schmitz, Landesvorsitzender

der AbL und Mitglied in der Vertreterversammlung der LBG NRW, stellte in der Versammlung Ende Mai die Frage, ob es denn Zahlen bzw. Belege dafür gebe, dass das Unfallrisiko pro Kuh oder pro Hektar in einem mittleren Betrieb mehr als doppelt so hoch ist wie in einem 400-Kuh-Betrieb. Denn bisher sei die schon im Jahr 2005 begonnene Umstellung der Beiträge damit begründet worden, dass die Beiträge nunmehr den unterschiedlichen Unfallgefahren (Risiken) bzw. Unfallkosten der verschiedenen Betriebstypen entsprechen sollen. Laut Schmitz sei das von der Berufsgenossenschaft zu tragende Unfallrisiko in mittleren Grünland-Betrieben häufig aber nicht höher, sogar kleiner als in flächenstarken Grünlandbetrieben. Denn mittlere Betriebe ließen die Außenwirtschaft häufiger von Lohnunternehmen durchführen.

Sowohl Prof. Bahrs als auch die Spitze der Berufsgenossenschaft sagten, dass es keine Zahlen oder Be-

lege für ein sinkendes Unfallrisiko pro Hektar Grünland oder pro Tier mit steigender Hektar- bzw. Tierzahl gebe. Sie zogen sich auf die allgemeine Aussage zurück, dass der Arbeitsaufwand mit steigenden Größen abnehme und Unfälle eben beim Arbeiten passierten.

Vorarbeit für Bundesträger

Am Rande der Versammlung bestätigte ein Führungsmitglied der LBG NRW, dass die Degression beim ersten Entwurf des Gutachtens noch nicht enthalten gewesen sei, sondern erst nachträglich aufgenommen worden sei.

Das legt einen Zusammenhang damit nahe, dass Prof. Bahrs vor kurzem auch damit beauftragt worden ist, ein Gutachten für die Schaffung eines bundesweiten Trägers der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen zu erstellen. In diesen Bundesträger sollen auch die heute noch acht eigenständigen regionalen LBGen und die Gartenbau-BG mit aufgehen, mit samt der Personal- und Finanzmittelhoheit. Der Bundesträger soll spätestens 2013 installiert sein.

Auch dann soll es zwar noch nicht zwingend bundesweit einheitlichen Beitragshöhen für die verschiedenen Produktionsverfahren geben, aber offensichtlich ist vorgesehen, dass zumindest die Berechnung der Beitrags-Einheiten angeglichen werden soll. Unterschiedlich wären dann womöglich nur noch die Hebesätze.

Diese Hebesätze sind dann der Hebel, um über die Beitragssummen zu entscheiden. Das trifft übrigens auch jetzt schon für NRW zu. Denn die Einführung der Degression in nunmehr fast allen Produktionsverfahren in NRW führt dazu, dass die absolute Summe aller Beitragseinheiten sinkt. Um aber genauso viel Geld über die Beiträge einzunehmen, müssen nun auch die Hebesätze in NRW angehoben werden. Das führt dazu, dass die Schere der Beiträge in absoluten Euro-Zahlen kleiner und großer Betriebe entsprechend größer ist.

Von Vorstand und Geschäftsführung der LBG NRW wurde auf der Sitzung mehrmals betont, dass die Schaffung des einen Bundesträgers auf ein Machtwort von Präsidenten des Deutschen Bauernverbands Gerd Sonnleitner zurückzuführen sei. Der habe in den verbandsinternen Gremien den Knoten durchgeschlagen. *uj*



Prof. Enno Bahrs erläutert mit knappen Worten die große Umverteilungen.

Foto: Jasper

Es muss bei den kleineren Betrieben mehr ankommen

Die Abl Bayern will die Direktzahlungen nach dem Arbeitsbedarf der Betriebe verteilen. Landesvorsitzender Josef Schmid erläutert den Vorschlag

Bauernstimme: Nach der EU-Kommission spricht sich jetzt auch das EU-Parlament für eine Obergrenze der Direktzahlungen unter Berücksichtigung der Arbeitskräfte aus. Warum zögert die Abl Bayern, das als einen wichtigen Erfolg zu würdigen? Josef Schmid: Wir sehen besonders im Beschluss des EU-Parlaments sehr wohl einen Erfolg, denn das Parlament spricht nicht nur von einer Obergrenze, sondern es fordert alternativ auch die Prüfung anderer Modelle, um den Faktor Arbeit zu berücksichtigen bzw. auch eine degressive Gestaltung der Direktzahlungen einzuführen.

Was fehlt Ihnen bei einer Obergrenze, die bei den Kürzungen die Arbeitskraft berücksichtigt?

Schmid: Mit der Obergrenze wird zwar bei den sehr großen Betrieben gekürzt, aber bei den kleineren und mittleren Betrieben kommt immer noch nicht mehr an als vorher. In Bayern und anderen kleinstrukturierten Bundesländern sind mehr als die Hälfte Nebenerwerbsbetriebe. Wenn die auch nach dem Generationswechsel weiterbestehen sollen, brauchen sie ein klares Signal, dass gerade ihre Art zu wirtschaften und eine Vielzahl von gesellschaftlichen Leistungen zu erbringen gewünscht ist.

Wie sieht der Vorschlag der Abl Bayern aus?

Schmid: Wir wollen, dass die Direktzahlungen nicht mehr je Hektar vergeben werden, sondern nach dem standardisierten Arbeitszeitbedarf der Betriebe. Ausgehend von den Angaben im Mehrfachantrag wird abhängig von Fruchtfolge, Schlaggröße, Grünlandanteil und Größe der Tierbestände eine kalkulierte Arbeitszeit ermittelt, wie wir das auch von den KTBL-Werten her kennen. Degressionsfaktoren gleichen den Rationalisierungsvorteil größerer Einheiten aus. Kleinere, vielseitigere Betriebe, die oft auch landschaftlich reizvolle Flächen aufwändig bewirtschaften, erbringen damit viele Leistungen für die Gesellschaft praktisch nebenbei. Eine Orientierung der Direktzahlungen am Arbeitsbedarf würde das entlohnen.

Erhöht das nicht die Bürokratie?

Schmid: Nein, ganz und gar nicht. Die Daten, die man dazu braucht, werden jetzt schon alle im Sammelantrag für die Direktzahlungen erfasst. Außerdem berechnen mittlerweile alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in

Deutschland nach genau diesem Modell unsere Beiträge zur Unfallversicherung. Es könnte sogar zum Bürokratieabbau beitragen, diese meist arbeitsaufwändigeren, gesellschaftlichen Leistungen nicht über neue Einzelprogramme mit verschiedenen Durchführungs-, Kontroll- und Finanzierungssystemen zu entgelten, sondern über den kalkulierten Arbeitsaufwand.

Die Berufsgenossenschaften wollen mit diesem System den kleineren Betrieben und arbeitsintensiven Milchviehbetrieben aber nicht etwas Gutes tun, sondern ihnen mehr Geld abknöpfen, um große Ackerbaubetriebe zu entlasten.

Schmid: Ja, das ist aus deren Sicht auch richtig, weil Unfallrisiken eben dort entstehen, wo gearbeitet wird. Leider bleibt dabei die bisherige Solidarität gegenüber den Kleineren auf der Stre-

Euro, in Bayern angewandt, kaum Mittel für die Kleinbetriebe freisetzen. Unser Name Abl verpflichtet uns aber dazu, das Geld zu den „bäuerlichen“ Betrieben umzuleiten.

Was sind die Forderungen für die aktuelle Reform der EU-Agrarpolitik?

Schmid: Die Mitgliedstaaten bzw. die Bundesländer müssen die Möglichkeit bekommen, die Direktzahlungen an die Gegebenheiten und Bedürfnisse ihres Landes anzupassen und z.B. Zahlungen nicht nur nach der Fläche, sondern auch nach dem Arbeitsbedarf der Betriebe zu gewähren. Das muss jetzt in Brüssel erreicht werden.

Würde Bayern das dann umsetzen?

Schmid: Staatsminister Brunner hat unseren Vorschlag aufgegriffen und will ihn für Bayern durchrechnen lassen. Er

dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ gezielt an die arbeitsintensiveren Betriebe zu verteilen.

Die meisten anderen Bundesländer sagen dazu wenig oder lehnen solche Modelle ganz ab.

Schmid: Das kann schon sein, aber deshalb darf es doch Bayern nicht wehrt bleiben, das umzusetzen. Es ist ja noch nicht gesagt, ob nicht auch andere Bundesländer nachziehen werden, wenn ein Land vorangeht. Bei den Berufsgenossenschaften war das schließlich ähnlich.

Sollte man bis dahin in den anderen Bundesländern wenigstens als ein absolutes Minimum eine Obergrenze mit Berücksichtigung der Lohnkosten vorsehen?

Schmid: Das wäre das Minimum. Aber wir müssen jetzt die Diskussion um eine grundlegend andere Verteilung anstoßen, denn jetzt fordert die Bevölkerung z.B. bei der Großdemo im Januar, bei der Sternfahrt nach Berlin und bei den Protesten gegen Massentierhaltungen eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, jetzt haben wir einen Agrarkommissar, der für derartige Ziele aufgeschlossen ist, und jetzt brauchen die vielen Klein- und Nebenerwerbsbetriebe ein Zeichen und Geld auf dem Konto, weil es die meisten von ihnen in zehn Jahren sonst nicht mehr geben wird.

Noch ist nicht einmal die Obergrenze mit Arbeitsbezug beschlossen.

Schmid: Dass der Widerstand gegen die Obergrenze bisher so erfolgreich war liegt ja gerade auch daran, dass eine Obergrenze nur Verlierer bringt, aber die Masse der Betriebe keinen Vorteil spürt. Ein großer Vorteil unseres Vorschlages ist, dass es keine „Groß-Klein Diskussion“ gäbe, denn es würde z.B. auch ein arbeitssparend organisierter, viehloser Nebenerwerbsbetrieb mit 20 Hektar Maismonokultur verlieren, während ein 150 Hektarbetrieb mit kleinen Feldern, in benachteiligter Lage, mit Grünland und entsprechend vielen Kühen gegenüber einem gleichgroßen Ackerbauern durchaus zum Gewinner werden könnte. Es gäbe also keine „geschlossenen Fronten“.

Von unserem Vorschlag haben die allermeisten bäuerlichen Betriebe direkt einen Vorteil. Es lohnt sich für die Bauern, dafür aktiv einzutreten.

Vielen Dank für das Gespräch.



Fordert die Möglichkeit, Direktzahlungen in den Bundesländern individuell anzupassen. Josef Schmid, Landesvorsitzender Abl-Bayern
Foto: Nürnberger

cke. Der Bauernverband hat sich bei den Berufsgenossenschaften für das System ausgesprochen, das wird es ihm jetzt schwer machen, das bei den Direktzahlungen abzulehnen.

Wie schätzen Sie die politischen Umsetzungs-Chancen ein? Das Modell führt zu erheblichen Umverteilungen, wenn das deutschlandweit eingeführt wird. Mecklenburg-Vorpommern kommt heute im Durchschnitt auf 26.000 Euro Direktzahlungen je Arbeitskraft-Einheit, Bayern auf 8.000 Euro.

Schmid: Wir gehen davon aus, dass ein Vorschlag, der eine Umverteilung innerhalb der Bundesländer bringt, nicht durchsetzbar ist. Andererseits würde auch eine Deckelung etwa bei 150.000

schlägt eine Deckelung der Direktzahlungen je Norm-Arbeitskraft vor. Eine Norm-Arbeitskraft berechnet sich so wie in unserem Ansatz nach dem standardisierten Arbeitszeitbedarf. Das kommt unserer Forderung also schon sehr nahe.

Aber Brunner will die Zahlungen trotzdem erst nach Fläche verteilen und dann im zweiten Schritt bei denen kürzen, die weniger Norm-Arbeitszeit benötigen. Wie er das gekürzte Geld einsetzen will ist noch offen.

Schmid: Ich bin mir nicht sicher, wie Brunners Formulierung „Deckelung nach Normarbeitskräften“ genau zu verstehen ist. Aber das wäre auch eine Möglichkeit, die gekürzten Gelder nach

Begrenzung für Landkauf durch ausländische Investoren in Argentinien

Die Nachbarn Brasilien und Uruguay, aber auch Frankreich oder die USA haben es schon getan. Jetzt will Argentinien folgen und den Landerwerb durch ausländische Investoren einschränken, meldet die Onlinezeitung *agência latina press*. Einen entsprechenden Gesetzentwurf legte Staatspräsidentin Cristina Fernández de Kirchner dem Nationalkongress vor. Die geplante Neuregelung sieht vor, dass ein Ausländer oder ein Unternehmen mit mindestens 51 Prozent ausländischem Kapital maximal 1.000 Hektar besitzen darf. Zudem dürfen sich maximal 20 Prozent der argentinischen Landflächen in ausländischer Hand befinden. Auf der internationalen Webseite für Landraubfälle (farmlandgrab.org/) vermuten Experten, dass das Gesetz mit großer Wahrscheinlichkeit noch dieses Jahr in Kraft treten wird. Die Analysten verweisen ebenfalls auf die Präsidentschaftswahlen in sechs Monaten und die damit verbundene Möglichkeit von de Kirchner, dadurch Wählerstimmen in der Gesellschaft zu gewinnen. *bet*

Landwirtschaftsministerium ebnet Unternehmen im Ausland den Weg

Staatssekretär Gerd Müller hat jüngst die Vereinbarung über die Errichtung eines deutsch-marokkanischen Demonstrationsbetriebes für Rinderzucht und Ackerbau unterzeichnet. Marokko will im Rahmen des so genannten „Plan Vert du Maroc“ die Landwirtschaft modernisieren. Der deswegen geplante Demonstrationsbetrieb soll in Kooperation mit der deutschen Wirtschaft durchgeführt werden. Ziel dieser Kooperation ist die Schulung von marokkanischen Fachkräften unter Nutzung deutscher Technologien sowie dem Einsatz einer breiten Palette deutscher Landtechnik. Diese Maßnahme ist eine im Rahmen der sogenannten Wirtschaftskooperationsprojekte (WKO), bei dem das Bundeslandwirtschaftsministerium geschäftliche Kooperationen für die Unternehmen der deutschen Agrarwirtschaft im Ausland einfüdt. Die Unternehmen beteiligen sich finanziell an diesen Projekten. Das BMELV wirbt auf seiner Homepage damit, dass die deutsche Agrarwirtschaft gleichzeitig bei der Etablierung auf neuen Märkten unterstützt werde. Zurzeit werden Projekte dieser Art in der Russischen Föderation, der Ukraine, der Volksrepublik China, Kasachstan, Brasilien und Äthiopien durchgeführt. *bet*

Kalte Füße beim Thema EU-Marktzugang

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mercosur, also den Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, kommen nicht voran. Neben den anstehenden Wahlen in Argentinien, die als ein Grund für den Verzug genannt werden, ist es vor allem die Landwirtschaftssparte in der EU, die vor mehr Marktzugang bei landwirtschaftlichen Produkten warnt. Die Agrarkommission rechnet dann vor allem beim Rindfleischmarkt mit mehr Importen und dadurch mit Marktstörungen. Diejenigen, die jetzt den Ruf nach Schutz vor steigenden Importen in die EU laut werden lassen, sind meist auch diejenige, die für mehr Marktöffnung in anderen Ländern plädieren. *bet*

WTO: Streit um Exportsubventionen

Noch in diesem Jahr, so wünschen es sich die Verantwortlichen der Welthandelsorganisation (WTO), soll eine Art Minihandelspaket abgeschlossen werden. Im Mittelpunkt stehen die am wenigsten entwickelten Länder (LDC). Die Debatte zwischen den Mitgliedsstaaten über die Inhalte eines solchen Minipakets ist im vollen Gange. Es werden, unter anderem von Brasilien, auch die Exportsubventionen und deren multilaterale Abschaffung diskutiert. Die EU gibt in einem Statement zu verstehen, dass sie einem solchen Vorschlag nur zustimmen will, wenn auch ein wirklich großes Handelspaket geschnürt wird. Darauf reagieren die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Germanwatch und Misereor in einem gemeinsamen Lobbybrief an die Bundesminister Ilse Aigner, Dirk Niebel und Philipp Rösler. Die Verbände fordern die Bundesminister auf, sich gegenüber der Europäischen Kommission und im Europäischen Rat dafür einzusetzen, die dauerhafte Abschaffung der Exporterstattungen in das vorab zu beschließende Paket aufzunehmen und die Verhandlungen der WTO dadurch in eine konstruktive Richtung zu rücken. *bet*

Kurzes am Rande

Die ungerechte Seuche

EHEC ist eine Katastrophe – in vielerlei Hinsicht

Es sei so ungerecht, beklagte das Magazin *Stern*, nun trifft es ausgerechnet die, die glaubten, alles richtig zu machen, zumindest bei ihrer Ernährung. Ist es makaber, sich darüber zu ärgern, dass nicht – wie bei einer vergangenen Ehec-Epidemie in den USA – halb durchgegartes Burgerfleisch aus industrieller Tierhaltung in den Plastikschränken einer weltumspannenden Fastfoodkette als Ursache für die Seuche ausgemacht werden konnte, sondern wahrscheinlich Sprossen eines Biobetriebs, der gesundheitsbewusste Restaurants und Verbraucher belieferte, frisch, regional? Natürlich steht im Vordergrund, dass tausende Menschen schwer erkrankt und inzwischen über 30 dem Darmbakterium zum Opfer gefallen sind. Egal wie die Keime in den Menschen gelangten, die direkten Konsequenzen sind furchtbar. Aber indirekt ist die Tatsache, dass nur Gurken, Tomaten, Salate und Sprossen und schließ-

tungen in einem Artikel einer Chefärztin einer bayerischen Privatklinik im *Münchner Merkur*. Sie hatte konstatiert, mit Antibiotika verunreinigte Nutztierfäkalien würden im Ökolandbau als zentraler Bestandteil des Wirtschaftens Seuchen wie Ehec erst möglich machen. „Bio“ stünde für biologische Verunreinigung. Dass die Entwicklung besonders multiresistenter Keime durch die prophylaktische Antibiotikagabe in der industriellen Tierhaltung befördert wird, steht nicht in dem Artikel.

Bildungspolitisch schädlich

Liebte man Verschwörungstheorien, so könnte man die ganze Ehec-Angelegenheit für einen gekonnten Schachzug der in der Vergangenheit von Skandalen gebeutelten Fleischindustriellobby und ihrer Sympathisanten in den konservativen Landwirtschaftsministerien halten. Endlich trifft es mal den vermeintlichen Gesundheitsfraß. Auch

Kinder freuen sich darüber sehr. Wurde ihnen jahrelang in den von ihnen frequentierten Institutionen eingetrichtert, wie wichtig frisches Obst und Gemüse für die Ernährung ist, musste nun – zumindest kurzzeitig – davor gewarnt werden, verschwand es von ihren Speiseplänen. Grundschullehrerinnen berichten von Szenen wie diesen: Kinder erzählen, ihre Mütter hätten gesagt, sie dürften keine Gurken mit in die Schule nehmen, die seien ungesund, stattdessen hätten sie nun Kartoffelchips dabei. Die Krippe und das Schullandheim streichen den gemeinsamen Rohkoststeller, nur die individuell mitgebrachten Milchschnitten, Fruchtzwerg und so weiter dürfen noch sein. Auch nach dem Ende der Warnung vor frischem Gemüse wird sich nicht alles an Zweifeln wieder zurückholen lassen. Der sowieso schon laut Experten schwierige Kampf um



Schade, wenn Gesundes nicht mehr schmeckt.

Foto: Stockfood

die Vermittlung der Wichtigkeit von gesunder Ernährung besonders bei Kindern, der Jahr um Jahr viel Geld, Geduld und gute Ideen verschlingt, hat einen herben Rückschlag erhalten, dessen muss man sich bewusst sein. Dicke Kinder als Zielobjekt politischen Aktionismus werden uns nun mehr denn je weiter erhalten bleiben. *cs*

Folgen von EHEC für die Landwirtschaft

Direktvermarkter überstehen die Krise besser als Produzenten für den Großhandel

Zuerst sind es Gurken aus Spanien, dann Tomaten, Gurken und Salat aus Norddeutschland. Russland stoppt seine Gemüseexporte aus der EU. Spanien zeigt sich empört über die Verdächtigungen. Zuletzt sollen es dann Sprossen sein, die den gefürchteten EHEC-Erreger verbreitet haben.

Nach Aussagen vieler Fachleute ist es jedoch wahrscheinlich, dass die endgültige Herkunft der Keime nie geklärt werden kann. Lange hat das Robert-Koch-Institut (RKI) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) dazu geraten, keine rohen Tomaten, Salatgurken und Blattsalate sowie Sprossen zu verzehren. Verantwortliche Behörden sind zu solchen Warnmeldungen verpflichtet, wenn ein Risiko für die menschliche Gesundheit besteht, so das Bundesministerium für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Der Warnhinweis von RKI und BfR beruhte dabei jedoch nicht auf Laborbefunden, sondern auf der Befragung erkrankter Menschen, die Angaben zu konsumierten Produkten gemacht haben. Die folgende Entwarnung kam für viele Gemüsebetriebe zu spät.

Nach Schätzung der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse (BVEO) von Anfang Juni hatten die deutschen Gemüsebauern täglich Umsatzeinbußen von rund vier bis fünf

Millionen Euro. Viele Gemüsebauern stellen sich die Frage, ob nicht doch zu schnell vor einzelnen Gemüsesorten gewarnt wurde.

Dramatischer Zustand

Als dramatisch beschreibt Theo Däxl



Die Kunden waren aufgrund der Epidemie extrem verunsichert und kauften wenig.

Foto: Herzog

vom Landesverband bayerischer Feldgemüsebauern e.V. die Situation auf den Gemüsebetrieben. Der Absatz sei eingebrochen und auch die Verbraucher seien sehr verunsichert. „Der Schaden ist nicht nur wirtschaftlich.

Wir erleiden auch einen enormen Imageverlust“, erzählt Däxl. Die Schuld daran sieht der Geschäftsführer in der Vorgehensweise der Politik und der Behörden. „Da wurden die Meldungen rausgehauen, bevor die betroffenen Betriebe überhaupt begutachtet

gemüse wie Kohlrabi und Fenchel, manche sogar Obst, gänzlich abbestellt. „Zur Zeit fehlen uns etwa 1.000 Euro pro Woche“, berichtet Backfisch. Nur über die Direktvermarktung lief der Verkauf noch recht gut. „Der Vorteil der Direktvermarktung ist, dass wir mit unseren Kunden kommunizieren können

und ihnen so eine Sicherheit geben, die sie beim Kauf von Gemüse im Supermarkt nicht haben.“ Trotzdem kam es bei vielen Menschen zu regelrechter Hysterie, nach den vielen Falschmeldungen der Behörden. Andreas Backfisch ist ratlos. „Ich habe mir schon oft überlegt, was ich tun würde, wenn ich in der Haut der Verbraucherministerin stecken würde.“ Er selbst hat eine Bekannte, die an dem EHEC-Erreger erkrankt ist und im Krankenhaus behandelt wird. Die Schwierigkeit sieht er darin, dass bisher im Grunde immer nur Vermutungen der Behörden geäußert wurden, die sich alle als falsch erwiesen haben. „Das Vertrauen der Bauern in die Politik und die Wissenschaftler geht verloren“, weiß Backfisch.

Der Erreger

EHEC (Enterohämorrhagische Escherichia coli) Erreger sind Stämme der Escherichia coli Bakterien, die vor allem im Darm von Wiederkäuern vorkommen. Auch andere Tiere wie Hühner oder Schweine können sich infizieren, ohne selbst zu erkranken.

Bei dem Ausbruchstamm handelt es sich um eine Kreuzung aus bereits bekannten Stämmen, der die Eigenschaften unterschiedlicher Erreger vereint. Er hat eine höhere Resistenz gegen Antibiotika und eine stärkere zellschädigende Wirkung auf Nierenzellen. Nach Ansicht von Fachleuten kann der erhöhte Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung dazu führen, dass Erreger resistent werden. Zudem haben Wissenschaftler aus den USA festgestellt, dass bei einer Fütterung mit viel Kraftfutter mehr EHEC-Keime im Rinderdarm entstehen als bei einer Fütterung mit Heu und Gras.

Der Erreger kann durch Rohkost vom Tier auf den Mensch übertragen werden, wenn bei Anbau, Transport oder Verarbeitung das Obst oder Gemüse mit Gülle in Berührung kommt. Auch Rohmilch und rohes Fleisch gelten als Überträger. Wissenschaftler schließen auch eine Übertragung des Erregers durch Wasser oder Saatgut nicht aus. Laut dem Bundesministerium für Gesundheit hat es in Europa bisher keine Erkrankungsfälle mit diesem EHEC-Typ gegeben. Auch auf Lebensmitteln wurde er davor nicht nachgewiesen.

wurden.“ Nach seiner Meinung wäre es sinnvoller gewesen, die Verbraucher über Hygienemaßnahmen wie Lagerung, Waschen des Gemüses und Küchenhygiene aufzuklären, anstatt undifferenziert die Ursache der Rohkost zuzuschreiben. Zudem müsse die Zusammenarbeit bei der Suche nach dem Ursprung des Erregers besser koordiniert werden. Für Däxl ist ganz klar – „Verbraucherschutz steht vor wirtschaftlichen Interessen. Doch die stetig neuen Falschmeldungen tragen nicht zum Verbraucherschutz bei, sondern erzeugen Panik.“

Große Verluste

Welche Auswirkungen die EHEC-Krise auf das Kaufverhalten der Verbraucher hatte spürte Andreas Backfisch ganz unmittelbar. Er betreibt einen Bio-Gemüsebetrieb in Niedersachsen und verkauft sein Gemüse auf dem Markt, in Abokisten und zum Teil an den Großhandel. Nach dem Auftreten des Erregers brach der Salatverkauf an den Großhandel total zusammen. „Von 120 Kisten Salat pro Woche will der Großhandel momentan nur noch drei!“, erzählt der Gemüsebauer. Kindergärten, die Abokisten beziehen, haben zum Teil neben Tomaten, Salat und Gurken auch anderes Rohkost-

Bekanntheit schützt

Doch die Politik steht in der Verantwortung, wenn sie den Verbraucher nicht über jedes Detail frühzeitig aufklärt. Das sieht auch der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) so. „Die Politik kann und darf einen Verdacht nicht verschweigen“, sagt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Er sieht die Verantwortung auch bei den Gemüseerzeugern, die ihre Produkte an Großhändler verkaufen. „Die Leute, die an anonyme Märkte liefern, sollen sich nicht beklagen. Sie gehen ein höheres Risiko ein.“ Ein Betrieb, der unter seinem Namen verkauft, trägt eine größere Verantwortung für seine Produkte, hat aber auch bei seinen Kunden, die seinen Betrieb und ihn kennen, ein größeres Vertrauen. Der Gemüsebauer aus Nordrhein-Westfalen spricht aus eigener Erfahrung in der Direktvermarktung. „Ein eigener Name schützt dich vor dem allgemeinen Strudel“, weiß Baringdorf. Trotzdem spürt auch er die Kaufzurückhaltung der Kunden. Anders als auf einem anonymen Markt kann er jedoch durch die Direktvermarktung viele seiner Kunden direkt erreichen und aufklären. *mh*

AbL Regionalgruppe Bayerisch-Schwaben

Die fortschreitende Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, die Fragen über Verdrängung und den Verbleib der bäuerlichen Betriebe, der fehlende Blick über den Tellerrand, Patente auf Saatgut und Tiere, ausufernde Biogasnutzung und nicht zuletzt ein immer größer werdender Widerstand gegen die Einführung der Gentechnik durch die Hintertür sind die Gründe der anwesenden Landwirte, sich einzumischen und durch die Gründung der Regionalgruppe die AbL bei der Durchsetzung ihrer Ziele zu unterstützen. Die RG Bayerisch-Schwaben ist nun die bereits siebte Regionalgruppe in Bayern und trägt damit zur weiteren Verankerung der AbL in den Regionen vor Ort bei. Sie vertritt die Landkreise Aichach-Friedberg, Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Günzburg und Neu-Ulm. Als wichtigste Aufgabe für die nächsten Monate plant die AbL Bayerisch-Schwaben, sich aktiv in die Diskussion um die Agrarreform 2013 einzumischen. Hierzu sollen Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern gesucht und auf Veranstaltungen die gesellschaftliche Debatte zur Agrarpolitik öffentlich geführt werden. Die Führung der Regionalgruppe übernimmt ein fünfköpfiges, gleichberechtigtes Sprechergremium, das durch sieben Beiräte unterstützt wird. Das 91-jährige „Urgestein“ der AbL in Schwaben, Josef Böck aus Bubesheim, fasste die Ergebnisse der Versammlung wie folgt zusammen: „Diese Gründungsversammlung gibt mir wieder Mut und Schwung für weitere zehn Lebensjahre.“ *Armin Hartleitner*



Sprechergremium mit Beirat: Hinten v.l.: Andrea Eiter, Armin Hartleitner, Josef Wagner, Hubert Krimbacher; Mitte: Klaus Vidal, Kathi Britzelmayr, Peter Gramm, Stephan Kreppold, Landesvorsitzender Josef Schmid; Vorne: Georg Salzmann, Ludwig Schafplitz, Karin Riedel, Jürgen Mareth, Landesvorsitzende Edith Lirsch

Theater trifft Landwirtschaft

Das Theater der Unterdrückten ist eine volksnahe, interaktive Theaterform und steht für jeden offen – egal ob Schauspieler oder Laie. Entstanden ist die Idee des Theaters der Unterdrückten vor rund 30 Jahren in Brasilien und hat sich von dort aus inzwischen über die ganze Welt verbreitet und dabei viele verschiedene Formen angenommen. Im klassischen Forumtheater wird einem Publikum eine Konfliktsituation dargestellt, in der es klare unterdrückende Strukturen und Unterdrückte gibt. Dies führt dem Publikum zum Einen alltägliche Unterdrückungssituationen vor Augen und zum Anderen kann im Kollektiv an möglichen Auflösungen solcher Situationen gearbeitet und ins direkte Leben übertragen werden. In Brasilien selbst wurden durch diese Methode ungefähr 30 Gesetzesvorschläge entwickelt und anschließend übernommen. Eine andere Form des Theaters der Unterdrückten ist das versteckte oder unsichtbare Theater, in dem sich die Schauspieler unter die Bevölkerung mischen und eine Konfliktsituation provozieren oder aufführen, ohne dass die „Zuschauer“ wissen, dass es sich um ein Schauspiel handelt. Das Theater der Unterdrückten bietet Menschen eine Plattform, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und etwaige Lösungen aufzunehmen. Beim Workshop in Witzenhausen waren landwirtschaftliche Themen der Schwerpunkt. So wurde in zwei Szenen die Auswirkung von Globalisierung thematisiert, indem einerseits der Druck auf regional wirtschaftende Bauern bzw. Bäuerinnen durch international agierende Obst- und Gemüsevertriebe dargestellt wurde und andererseits die Schwierigkeit, Mitmenschen für Problematiken in Entwicklungsländern, die im direkten Zusammenhang mit dem eigenen Konsumverhalten stehen, zu politisieren.

Bei den zahlreichen Veranstaltungen der AbL und der jAbL wird es in Zukunft vielleicht die ein oder andere Gelegenheit geben, die Witzenhäuser Theatergruppe live kennenzulernen und in Aktion zu erleben. *Benjamin Janke, Student in Witzenhausen*

Kurzes am Rande

Bauern wehren sich

Schweineindustrie im Münsterland

Wo Menschen unzufrieden sind, entsteht Bewegung. So geschieht es im Kreis Borken in Nordrhein-Westfalen. Dort haben sich Mitte Juni Landwirte und Verbraucher getroffen, um aktiv zu werden. Sie sind unzufrieden mit dem, was in ihrer Region geschieht. Mastanlagen für knapp 400.000 Hähnchen und 10.000 Schweine sollen hier entstehen. Für die Bewohner der Region bedeutet das eine Verbauung von landwirtschaftlichen Flächen und eine erhebliche Geruchsbelästigung. Für die viehhaltenden Familienbetriebe bedeutet es vor allem eine Konkurrenz, mit der sie mithalten müssen. Der Schweinebauer Martin Ramschulte hat gemeinsam mit einem Kollegen das Treffen organisiert. Über 50 Schweine-, Milchviehhalter und Verbraucher waren in das Landhotel Hermannshöhe in Legden gekommen, um zu diskutieren und sich zu informieren. Bernd Schmitz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in NRW moderierte die Veranstaltung, zu der auch Friedrich Ostendorff von den Grünen und Wilfried Bommert geladen waren, der sein Buch „Kein Brot für die Welt – Die Zukunft der Welternährung“ vorstellte.

Grenzen dem Wachstum

Landwirt Ramschulte mästet schon seit 30 Jahren Schweine in Schöppingen. Begonnen hat er damals mit 20 Schweinen, Milchkuh- und Rinderhaltung. Der Strukturwandel hat ihn zur Veränderung gezwungen, erzählt er. Jetzt hält er 1.000 Schweine. Die Kühe musste er abschaffen. „Davon konnten wir nicht mehr leben“, sagt er. Solche und ähnliche Geschichten höre er täglich von seinen Kollegen, die ihre Ställe vergrößern, um den Industrieanlagen standhalten zu können. Die Industrie platziert sich nun mit riesigen Mastanlagen ohne eigene Flächen in die seit langen Jahren gewachsenen Strukturen der Familienbetriebe. Zwei Schweineställe mit jeweils knapp 5.000 Tieren sollen direkt neben ein Obdachlosenheim gebaut werden, in dem 150 Menschen leben, erzählt Ramschulte. Da will er nicht länger zusehen. Für den Schweinemäster gibt es Grenzen im Wachstum. Ramschulte ist sich bewusst, dass es für das Schwein keinen Unterschied macht, ob es in einem 1.000er Schweinestall oder einem 5.000er Schweinestall lebt. Ihm ist es wichtig, dass die Familienbetriebe erhalten bleiben. „Lieber 10.000 Schweine ver-

teilt auf 10 Bauern“, so Ramschulte. Dann sei auch der Infektionsdruck geringer. Er sorgt sich um die zukünftige Generation. „Unsere Kinder haben in der Schweinemast keine Chance mehr, wenn hier erstmal die Industrieanlagen mit 10.000 Mastplätzen stehen... Diese Entwicklung macht mir Angst.“

Was ist bäuerlich?

Gemeinsam mit Landwirten und Verbrauchern aus der Region will er nun eine AbL-Regionalgruppe gründen. Der Bauernverband ist für viele hier keine zuverlässige Vertretung mehr. „Die AbL-Münsterland soll eine Alternative zum WLV-Münsterland sein!“, so Theo Schultze-Brock auf der Veranstaltung. „Der DBV ist zu vielschichtig und industrieverbunden, um noch jemanden zu vertreten. Die AbL hat eine große Chance, was zu bewegen“, so der Schweinebauer.

Die Themen waren vielfältig und die Meinungen unterschiedlich an diesem Abend. Eine alternative Bewirtschaftung wie Umstellung auf Neuland-Schweinehaltung kommt für viele Schweinemäster in dieser Runde nicht in Frage. Ein Bauer stellte die Frage, wo die Grenzen der bäuerlichen Landwirtschaft lägen. Für Bernd Schmitz gibt es keine festgelegten Grenzen. „Die Frage ist, wie die Bauern und ihre Familien ihre Betriebe entwickelt haben. Vielleicht müssen wir uns an neuen Dimensionen orientieren. Hier in dieser Region ist ein 1.000 Mastbetrieb eben bäuerlich“, so der AbL-Landesvorsitzende. Viele der Landwirte suchen einen Mittelweg zwischen ökologischer und industrieller Tierhaltung. Friedrich Ostendorff aus Bergkamen appellierte an die Bauern, sich auf ihre gemeinsame Sache zu konzentrieren. „Die



Über 50 Interessierte kamen.

Foto: Jasper

Frage ist doch, wie geht es weiter für unsere Kinder“, so der Biobauer, „es geht um den Kampf für die zukünftigen Generationen. Da müssen wir zusammenhalten.“

mh

Betriebsspiegel:

Vielbacher Mühle im Westerwald
70 ha Grünland, 90 ha Ackerland
mit Raps, Winterweizen, Wintergerste, Triticale, Winterhafer, Bohnen, Erbsen, Buchweizen.
80 Milchkühe inklusive männlicher und weiblicher Nachzucht.

Ich gehe auf die 60 zu. Ein stolzes Alter. So alt wird keine Kuh, das ist mal sicher. Ich kann auf ein bewegtes Leben zurückschauen. Meine Eltern mussten aus Preußen fliehen, bauten sich eine neue Existenz bei Bad Hönningen auf, erlebten, dass die Pacht nicht verlängert wurde und ließen sich letztendlich hier im Westerwald nieder. Der Hof begann in den 60er Jahren mit sechs Kühen. Übernommen habe ich den Betrieb 1997. Ich habe gute Zeiten in der Landwirtschaft erlebt, sehr gute, in den 80ern. Damals konnte der Be-

trieb drei Familien mit Kindern ernähren. Heute sind noch meine Frau und ich und zwei Angestellte übrig. Wir kommen über die Runden ... wenn man genügsam ist.

Meine Devise war schon immer: Nie abhängig sein! So habe ich mich schon früh vom Bauernverband gelöst. Als die Milch quotiert wurde, wurde kein Kraftfutter mehr zugekauft. Das hat mir wenigstens einmal den Kopf aus der Schlinge gezogen. Meine Felder werden mit Kompost und Gülle gedüngt, aber alles auf BIO umstellen ist mir dann doch zu risikoreich. Ich bin nicht mehr so wagemutig wie früher. Man wird ruhiger mit der Zeit. Dachte ich. Dann kamen schlechte Zeiten. 22 Cent für den Liter Milch. Wie demütigend. Ich war mir nicht sicher, ob jetzt der richtige Zeitpunkt zum Aufhören war. Aber dafür fühlte ich mich dann doch noch nicht alt genug. Man

muss manchmal auch für seine Unabhängigkeit kämpfen. Also habe ich demonstriert. Brüssel, Straßburg, Mainz, etc. Es war anstrengend so nebenher, aber ich möchte die Erfahrung nicht missen.

So bekommt man viel mit Gleichgesinnten zu tun. Manche haben auch erst im Lauf der Zeit ihre Einstellung geändert und erkannt, wie wichtig die nachhaltige Landwirtschaft ist. Ich freue mich sehr darüber. Manchmal sind schlechte Zeiten auch zu etwas gut. Nun fühle ich mich nicht mehr alleine im Kampf gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft, gegen die Ausbeutung und sogar unwiederbringliche Veränderung der Natur, wenn man Monsanto und Co. noch ins Gedankenkarussell einbezieht.

Ende letzten Jahres haben wir einen eigenen Milch-Zug für die „faire Milch“ zusammen bekommen. Acht

Betriebe aus dem Westerwald haben sich entschieden, den bisherigen Molkereien zu kündigen. Wir haben eine Zusage der MVS. Zwei Jahre beträgt die Kündigungsfrist. Wir hoffen jetzt auf eine Satzungsänderung, so können wir auch kurzfristig zur „fairen Milch“ wechseln. Ich bin gespannt, was sich daraus entwickeln wird. Ist die „faire Milch“ auch wirklich sicher? Oder renne ich nur meinem Idealismus hinterher, meinem Traum von einer nachhaltigen, fair gehandelten Produktion von Milch? Wir werden es sehen. Wenn es nicht klappt, ist vielleicht dann doch der richtige Zeitpunkt gekommen, um die Milchproduktion einzustellen.

Demnächst werde ich 60. Es wäre schön, wenn ich alles mal ein bisschen ruhiger angehen könnte. 40 Cent für den Liter Milch würden da sehr helfen. Ich könnte mich tatsächlich mal intensiver um meine Hobbys kümmern. Sie kommen immer zu kurz. Meine Bienen. Die Rammelsloher Hühner. Meine mittlerweile 13 Jahre währende Zucht von genetisch hornlosen Holsteinern und Braunvieh. Meine Alt-Rotbunte Mutterkuhherde, zur Erhaltung der alten Rassen. Das sind doch die schönen Seiten der Landwirtschaft. Mit der Natur leben, sie beobachten und erfahren und natürlich dazu beitragen, sie zu erhalten.

Mein Wunsch für die Zukunft? Wenn jeder nur einzeln und alleine träumt, dann bleibt es nur ein Traum. Wenn wir aber alle zusammen träumen, dann ist das der Anfang der Wirklichkeit. (Dom Helder Camara)

Hans-Joachim Jansson

Der Traum wird Wirklichkeit

Der sich in der Umstellung zum ökologischen Landbau befindliche Betrieb Wey ist seit den Neunziger Jahren viehlos. Als wäre das nicht schon Drama genug, bestehen die Altenteiler auf nacktem Basaltkopfsteinpflaster und fürchten sich vor einem Hofdschungellabyrinth aus grasbewachsenen Fugen. So kam mir in den Sinn, mit einem Kehrbesen eines Kollegen, der mit Stahlbürsten bestückt ist, die Steine wieder frei zu legen.

Alternativ dazu spukte in meinem Kleinhirn noch die Variante herum, meinen frisch erworbenen Striegel einzusetzen. Letzten Gedanken verwarf ich alsbald, geschuldet der Tatsache, dass der Striegel breiter wie der Innenhof ist, bzw. die Schrottplätze auf der Hofstelle selbst ein Slalomfahren mit dem Striegel vereiteln.

Aber, wie immer, kam mein Lieblingsschrotti gerade um die Ecke, der nicht wie alle anderen sich höchstens eine Lage Bleischrot im Hintern abholt, mit – siehe da – Bauzaunelementen und statt am Wochenende dem Grillduft der Nachbarschaft nach zu geben, glühte der Schweißdraht, um die Bauzaunfragmente wieder in Form zu bringen. Wenn ich schon wegen der chronischen Arbeitsüberlastung nicht zum (italienischen!) Motorradfahren komme, dann doch wenigstens zum – Italiener: eine Hühnerrasse, die ein Ortsansässiger züchtet:



Gefederte Fugenkratzer

„Die fliegen unglaublich hoch“ (O-Ton Hobbyzüchter) – wenn die so hoch fliegen, wie mein italienisches Motorrad weit fuhr, kommen die nicht weit. Also werde ich Hühner und einen Quotenhahn (das Leben ist zu kurz, um sich ohne Mann rumzuzütern) Spaß beiseite – wie pflegt ein Kollege zu sagen: „Es gibt nur eine böse Frau, aber jeder glaubt, er hätte sie...“ Also werden demnächst vier Hennen und ein Hahn den Hof beikrautfrei halten, inhaftiert in ein wanderndes Bauzaunkarree....

PS: Es ist nur mit der unglaublichen Naivität eines Ackerbauern zu erklären, Hühner mit Mopeds zu vergleichen: Ergebnis: Erfolgreicher Fluchtversuch des Hahns und einer Henne (gefühlte Flughöhe 3 Meter, eingefangen durch unsere Tochter Svea, 10 Jahre alt)

Ralf Wey

Betriebsspiegel:

Hof Wey, Moselsürsch
EU Ökobetrieb auf dem Maifeld,
zwischen Mosel, Rhein und Eifel.
76 ha Acker (Kleegras, Erbsen,
Getreide, Zuckrerbsen)
Futter-Mist-Kooperation mit konventionellem Nachbarbetrieb
2 ha Grünland
4 ha Wald (Scheitholzheizung)

Von Agrarrebelln und Agrikultur

Die AbL-Bayern schaut auf 10 politisch erfolgreiche Jahre zurück und wird auch in Zukunft die bäuerliche Landwirtschaft verteidigen

Die AbL hatte geladen und viele kamen. Auf dem Hof der Familie Kreppold in Wilpertsberg bei Aichach sollte das 10 jährige Jubiläum der AbL Bayern am letzten Juniwochenende gefeiert werden. Für den Abend davor war zum gemütlichen Beisammensein am Lagerfeuer geladen. Was nur die wenigsten wussten. Die Gastgeber, Stephan und Theresia Kreppold, hatten schon für den Abend ein „Vorfest“ organisiert, zu dem ca. 300 Menschen aus der Umgebung kamen. Wie man munkelte, sei es so Tradition, wenn am Sonntag Hoffest ist. Neben kulinarischen Köstlichkeiten gab's ein großes Lagerfeuer und nach Einbruch der Dunkelheit eine Feuershow.

Vom provokanten Titel des Frauenseminars „... und den Kuchen backt die Landfrau“ ging es über die Gründung der Landesgruppe bis zur aktuellen Agrarreform. Schon immer war der Bauernverband der Kristallisationskeim, um den herum sich die vielen regionalen Initiativen der Agraropposition sammelten. Zusammen organisierte man, angeregt von Andreas Remmelberger, noch vor der Gründung ein gemeinsames Haberdeldreiben vor dem Bildungshaus des Bauernverbands in Herrsching. Remmelberger war es auch, unter dem sich die Agraropposition weiter formierte, bis man sich schließlich im Frühjahr 2001 im Münchner Ratskeller traf. Hier beschlossen die über 100 Anwe-

langjährigen Begleiters der AbL und einer bäuerlichen Agrarpolitik Sepp Daxenberger: „Ich habe jetzt endlich wieder Spaß an der Agrarpolitik“, habe dieser nach der Gründung der AbL-Bayern gesagt. Kreissel-Dörfler macht deutlich, dass Landwirtschaft eine Kulturleistung ist, wie es sich im französischen Wort *agricultur* so treffend ausdrückt. Kultur aber, so Kreissel-Dörfler, habe zwei Möglichkeiten. Sie könne verantwortungsvoll sein oder aber ausbeutend. Dass die AbL die „Hörndl-Bauern“ nicht gegen die „Körndel-Bauern“ ausgespielt habe, erwähnte der Europaabgeordnete ebenso lobend wie er zum Angriff auf Müller-Milch blies. „Wenn Milch billiger ist als Wasser und Butter billiger als Schuhcreme, dann ist etwas faul.“ Nicht viel Kritik zu üben ist seiner Meinung nach an der aktuellen Bundeslandwirtschaftsministerin, vielmehr erinnere sie ihn an einen Dialog von Karl Valentin mit Lisel Karlstadt: „Hast du gehört wie ich nichts gesagt habe?“

Die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubach überbrachte dem Landesverband die Glückwünsche des Bundesvorstands. Sie machte Mut und begrüßte es, dass die AbL Bayern viel Herzblut in die aktuellen Diskussionen um die Agrarreform 2013 einbringt. „Es gibt noch sehr viel zu verteidigen“, so die Bundesvorsitzende, „die bäuerlichen Strukturen in Bayern.“ Sie betonte, wie wichtig aktive Landesverbände für die gesamte AbL sind, da nur

ring ebenso zu informieren wie über elektrische Mobilität per Fahrrad und Kleinstwagen. Desweiteren gab es einen Bücherstand des AbL-Verlags mit den neuesten Erscheinungen, einen Stand der Familienberatung und von AllgäuLand. Im Schaukasten eines Imkers konnten sich Interessierte das Leben im Bienenstock näher betrachten und sich den Weg des Honigs von der Blüte bis ins Glas erzählen lassen. Für das leibliche Wohl war mit Schweine- und Rinderbraten, Kartoffeln, Knödeln, Kaffee und Kuchen bestens gesorgt. Nachdem Stefan Kreppold als Aloisius von seiner Wolke herabgeschwebt war, um Aigner, Brunner und Co zu maßregeln, wurde auf dem Podium lebhaft über die anstehende Agrarreform debattiert. Prominent besetzt: Hubert Aiwanger, der Chef der Freien Wähler, war nach Wilpertsberg gekommen, ebenso die agrarpolitischen Sprecher ihrer Landtagsfraktionen, Maria Noichl (SPD), Adi Sprinkart (Grüne) und Thomas Dechant (FDP). Für die ÖDP war Agnes Thanbichler gekommen. Die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter vertrat die Linke. Die Position der Bayern-AbL wurde von ihrem Vorsitzenden Josef Schmid vertreten und das bayerische Landwirtschaftsministerium von Ministerialrat Dr. Maximilian Wohlgshaft. Gekniffen hatte die CSU, die sich offensichtlich der Kritik nicht stellen wollte. In den gut zwei Stunden fachpolitischem Diskurs ging es Schlag auf Schlag. Ober-



Bei Sonnenschein ließ es sich gut feiern.

Fotos: Nürnberger

Nur ein Vorgeschmack

Wer dachte, dies sei es schon gewesen, das Fest der AbL, der hatte sich gründlich getäuscht. Auch hätte er es besser wissen können. Denn schon das Wetter war am Abend noch nicht so ganz in Form. Leiser, warmer Nieselregen. Nicht schlimm, aber eben auch kein Sonnenschein. Das sollte anders werden. Wie versprochen schien am Festsontag die Sonne über den vielen Menschen, die aus ganz Bayern angereist waren, um am Gottesdienst mit Pater Georg Greimel teilzunehmen. Die Halle, in der ansonsten Stroh und Maschinen stehen, war prachtvoll geschmückt und mit Tischen und Bänken versehen worden. An die 300 Personen folgten der Predigt und hörten die Fürbitte von Ute Gasteiger und Konrad Schützeneder, die sich für die vielen Jahre erfolgreicher Arbeit, gemeinsame Erfolge, neue Freundschaften und die gute Gemeinschaft innerhalb der Bayern AbL bedankten. Während sich draußen am Spieß schon der Schweinebraten drehte, reiste die Landesvorsitzende Edith Lirsch zusammen mit den Gästen durch zehn bewegte Jahre AbL-Geschichte.

senden, in Zukunft, unter dem Dach der AbL, die Agrarpolitik kritisch zu hinterfragen und eigene Impulse zu setzen. Vielfältig sind seitdem die Erfolge und gemeinsam erreichten Ziele. Nur kurz genannt werden soll die einheitliche Flächenprämie von Grün- und Ackerland. Bei der letzten Agrarreform gegen den massiven Widerstand des Bauernverbands durchgesetzt verkauft er es heute als Greening schlechthin. Von Anfang an stand auch die Gentechnik im Zentrum der Kritik. Und es ist auch der erfolgreichen, unermüdlichen Arbeit der AbL-Bayern zu verdanken, dass sich die Gentechnikkonzerne in Bayern bis heute nicht durchsetzen können. Erst vor kurzen dann die Blauzungenzwangsimpfung, bei der die AbL, nachdem eine Position gefunden war, eine Aufhebung der Impfpflicht forderte und viele Informationsveranstaltungen machte (siehe auch *Bauernstimme* Juni 2011).

Besuch aus Brüssel

Seine Laudatio begann der Europaabgeordnete Wolfgang Kreissel-Dörfler mit einem Ausspruch des schon verstorbenen



Bestenfalls: AbL-Vorsitzende Edith Lirsch, Hausherr Stefan Kreppold, AbL-Geschäftsführer Andreas Remmelberger und AbL-Vorsitzender Josef Schmid

sie den Kontakt zur Basis gewährleisten und die Forderungen mit Leben füllen.

Viel Information, Speis und Trank

Schon früh am Morgen waren verschiedenste Infostände aufgebaut worden, die es den Gästen ermöglichten, sich über die Warenpalette des Biogroßhandels Öko-

grenze der Direktzahlungen, Bindung an Arbeitskräfte, Exportsubventionen waren nur einige der angesprochenen Punkte. Deutlich wurden die Forderungen der AbL-Bayern von Josef Schmid vertreten: Eine Deckelung der Direktzahlungen, die Bindung an Arbeitskräfte und den Erhalt bäuerlicher Strukturen. mm

Tierschutzsiegel auch für industrielle Haltungsformen?

Nur ein Label für Haltung auf Stroh und mit Auslauf ist kommunizierbar

Tierschutzkennzeichen gibt es bereits bei Bioverbänden und bei Neuland, Thönes-Natur oder beim Schwäbisch-Hällischen Schwein. Aber auch trügerische „Tierschutzlabel“ gibt's in großer Fülle: Die Tiere für „Wiesenhof“, „Gutsgold“, „Gutshof“ oder „Bauerngut“ haben Wiesen, Höfe oder Güter nie gesehen. Auch mit „Bauernglück“ haben die so genannten Produkte kaum etwas zu tun. Überfällig, diese Namen zu verbieten oder die wirklichen Haltungsbedingungen auf den Verpackungen abzubilden. Die Diskussionen um ein europäisches Tierschutzsiegel stocken derzeit. Auch in Deutschland sperren sich Lobbyverbände aus Agrar- und Ernährungsindustrie und Handel gegen verpflichtende Angaben über die Art der Haltung. Ob-



wohl die ja bereits beim Schalen-Ei und zunehmend auch bei Produkten mit Verarbeitungseiern praktiziert wird: mit Stufen von 0 bis 3 für Öko-, Freiland-, Bodenhaltungs- oder Käfig-Eier. Eine ähnliche, verpflichtende Kennzeichnung wäre auch bei Fleischprodukten möglich, sie ist aber politisch derzeit nicht gewollt.

Freiwilliges Siegel in Deutschland

Unter dem Druck der Öffentlichkeit will Agrarministerin Aigner immerhin ein freiwilliges deutsches Tierschutzlabel mit hohen Tierschutzstandards auf den Weg bringen. Ihr Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik hat dies kürzlich nachdrücklich unterstützt,

um einem verwirrenden „Wildwuchs“ von Werbebegriffen vorzubeugen und neue Märkte mit höherem Wertschöpfungspotenzial zu erschließen. Dazu müssten die skeptische Haltung und die vielfältigen Einzelinteressen in der Lebensmittelbranche überwunden werden – in Anlehnung an die Organisation des „Blauen Engels“ sollte in einem halbstaatlichen Prozess eine Übereinstimmung hinsichtlich der Anzahl und der Kategorien der Tierschutzstandards und ihrer Kontrolle erreicht werden. Der Beirat plädiert für vielfältige, wissenschaftlich abgesicherte Indikatoren aus den Bereichen Haltung, Management, Tiervershalten und Tiergesundheit – und zwar über die gesamte Prozesskette von der Genetik über die Aufzucht bis hin zum Schlachthof. Nicht Haltungssysteme, sondern „tierbezogene Indikatoren“ sollten demnach im Mittelpunkt stehen. Die Beschränkung von Einzelaspekten (z.B. der Verzicht auf die Kastration von Ferkeln) sei dabei nicht ausreichend. Der Beirat plädiert für ein mehrstufiges Sterne-System sowie für ein begleitendes Monitoring mit Auswertung der Schlachtkörperbefunde. Bereits 2010 hatte eine Wissenschaftlergruppe um Professor Spiller (Universität Göttingen) in einer Studie die „Perspektiven für ein Europäisches Tierschutzlabel“ und ggf. auch für ein deutsches Pionier-Label ausgeleuchtet.

Marktchancen und Marktversagen

Die Göttinger Studie weist die Lebensmittelbranche nachdrücklich auf die Marktchancen eines Tierschutzlabels hin und schätzt das Marktsegment zahlungsbereiter Verbraucher schon jetzt auf 20 Prozent der deutschen Bevölkerung. Das bisherige „Marktversagen“ bei der Bereitstellung eines entsprechenden Angebots erklären die Wissenschaftler wie folgt: Beim „Koppelprodukt“ Fleisch

müssten mehrere Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Teilstücke eines Tieres gleichzeitig erschlossen werden, um eine erfolgreiche Mischkalkulation bei Einzelhandel, Fleischwarenindustrie und Gastronomie zu ermöglichen – das erfordere hohe Vorinvestitionen sowie staatlich und privat finanzierte Werbekampagnen. Bei der Ausgestaltung des Siegels fordern die Experten im Interesse der Glaubwürdigkeit und der Vereinbarkeit mit bestehenden Systemen einen sehr hohen, an-



spruchsvollen „Gold-Standard“ im Tierschutz.

Andere Länder

Solche Tierschutzkennzeichen sind in anderen Ländern bereits fest etabliert: In der Schweiz mit den staatlichen Labels „Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme“ (BTS) und „Regelmäßiger Auslauf im Freien“ (RAUS) sowie den darauf aufbauenden Handelsmarken wie „naturafarm“ (Coop). Das britische Siegel „Freedom Food“ beruht auf einer Initiative der starken britischen Tierschutzverbände mit den Handelsketten. In Frankreich gibt es das „Label Rouge“ und in den Niederlanden das Scharrel-Programm mit der Marke „Beter leven“.

Auslauf ist das beste Kriterium

Alle diese Tierschutzlabel beruhen im Kern auf der Auslaufhaltung, welche die

allermeisten anderen Tierschutzprobleme mit löst und die gegenüber den Verbrauchern leicht zu kommunizieren ist. Wenn die Göttinger Gutachter ein Label nach Haltungsstandards als bei der Wissenschaft „nicht (mehr) konsensfähig“ einschätzen, dann spricht das nicht gegen diese Kriterien, sondern beruht wohl eher auf der agrarindustriellen Fixierung dieser „Fachkreise“. Denn Auslaufhaltung ist ebenso wie die Haltung auf Stroh in agrarindustriellen Dimensionen nicht praktikabel, sondern nur in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen. Wer aber die Nutztierhaltung in Agrarfabriken aufrecht erhalten will, der wird lange und vermutlich ergebnislos nach „einzeltierbezogenen“ und „integrativen Managementleitfäden“ suchen. Entsprechend vage bleiben denn auch die Vorschläge für ein solches struktur- und haltungsunabhängiges Tierschutzlabel, das trotz seiner „Multidimensionalität“ rechtssicher überprüfbar sein müsste und das zudem „schwieriger zu kommunizieren ist als einfache Haltungsvorschriften wie etwa die Freilandhaltung“.

Nicht durchsetzbar

Allenfalls ein freiwilliges Siegel, so die Göttinger Studie, sei derzeit bei der Agrarindustriellobby durchsetzbar – weil man so die höhere Zahlungsbereitschaft der Verbraucher nutzen könnte, ohne „die Wettbewerbsfähigkeit der Standardproduktion und deren Export zu gefährden“. So sollten Bauern, Tier- und Umweltschützer, Bürgerinitiativen und Verbraucherverbände jetzt erst einmal alle Kraft darauf verwenden, rasch ein auf Auslauf basierendes Tierschutzsiegel durchzusetzen – und gleichzeitig über das Verbot von Agrarfabriken und über neue Tierhaltungsvorschriften diese Vorschriften einer artgerechten Haltung baldmöglichst zum EU-weiten Standard zu machen. en

Ausbildungsställe mit Stroh oder Spaltenböden?

Weichenstellung in der Berufsausbildung Schweinehaltung

Eine Bürgerinitiative in Echem (bei Lüneburg) hat erreicht, dass die Landwirtschaftskammer Niedersachsen ihre geplanten Schweineställe für die überbetriebliche Ausbildung an der Lehr- und Versuchsanstalt (LVA) Echem nunmehr nicht direkt am Ortsrand, sondern in 1,5 km Entfernung bauen muss. Die Einwohner befürchteten massive Beeinträchtigungen durch Emissionen, die Eche-

mer Bauern hätten bei einem LVA-Stallbau in Ortsnähe wegen der Ausschöpfung der Geruchsbelastungsgrenzen keinen ihrer Ställe mehr erweitern können.

Geplant ist nunmehr auch die Reduzierung der ursprünglich geplanten Großställe auf schon eher mittelständische Größenordnungen mit 252 Sauen-, 1.600 Ferkelaufzucht- und 1.300 Mastplätzen. Die AbL bewertet

in einer Presseerklärung die Kapazitäten bei Ferkelaufzucht und Mast immer noch für überdimensioniert, gemessen an den Ausbildungszwecken. Ernst nehmen müsse die Kammer vor allem das vom niedersächsischen Agrarminister Lindemann für 2016 angekündigte Verbot des Ringelschwänzekürzens (Kupierens). Dies bedeute, dass die Tiere spätestens dann nicht nur wesentlich mehr Platz,

sondern auch Stroheinstreu und einen begrenzten Auslauf bekommen müssten – nur so lasse sich das Schwanzbeißen verhindern. Die bisher bauernverbandsdominierte Kammer stehe vor der Frage, ob ihre neuen Ställe eine solche artgerechte Zukunftstierhaltung ermöglichen oder (vergeblich) bremsen wollen. Ein Gutachten des Bundesinstituts für Berufsbildung wird all das nun prüfen. en

Vier Routen: Aus Bayern, aus Ostfriesland, aus Hessen und aus Mecklenburg-Vorpommern. Tausende Kilometer mit dem Schlepper auf der Straße. Unterwegs für eine bessere Agrarpolitik. Organisiert von der jungen Abl und dem BDM. Unterstützt von Umwelt- und Naturschutzorganisationen, kirchlichen Trägern und Entwicklungshilfeorganisationen. Jeden Abend ein anderes Bett. Jeden Abend eine neue Veranstaltung. Informationen für die Bevölkerung, ein Austausch mit den Initiativen vor Ort. Es ging zu den Schauplätzen der Gentechnik und an die Standorte der großen Molkereikonzerne. Neben Müllers Werk in Leppersdorf besuchte man aber auch die Upländer Bauernmolkerei, um sich Milchverarbeitung in Erzeugerhand anzusehen. In Gorleben demonstrierten die Schlepper gegen Atomenergie und gefährliche Endlager. Veranstaltungen zur Massentierhaltung gab es in Wietze und in Weißenfels. Viele, viele weitere Gespräche, Termine und Stationen haben die Sternfahrer auf ihrem Weg nach Berlin besucht. Ein bunter Protest zog durch die Republik. Am Ziel überbrachte man Angela Merkel die Forderungen der Bevölkerung an die Landwirtschaft der Zukunft.



Bäuerliche Gastfreundschaft begleitet Sternfahrer

In Sachsen hat Familie Probst ihren Bauernhof nach der Wende neu aufgebaut. Ein Hofrundgang während der Bauernsternfahrt

Peter Probst ist acht Jahre alt, als er zum ersten Mal vor den heruntergekommenen Gebäuden steht. Teilweise ist das Gebälk aus den Scheunen einfach rausgerissen worden, um es woanders als Bauholz oder sonst was zu nutzen. Überall lagern Schutt und Sperrmüll. Die Farbe ist schon vor langer Zeit von den Wänden geblättert, so dass die Mauern im trostlosen Grau dastehen. Peter Probst ist in seinem neuen Zuhause angekommen.

Herzlich Willkommen

Zwanzig Sommer später am gleichen Ort: Gabriele Probst, Peters Mutter, begrüßt uns herzlich auf Vorwerk Podemus, einem historischen Bauernhof rund dreißig Treckerminuten von Dresdens Innenstadt entfernt. Wie selbstverständlich wird uns als erstes die Küche gezeigt, falls wir etwas brauchen. Hier bleiben wir Sternfahrer der Route vom Allgäu bis nach Berlin zwei Nächte. In Dresden stehen Aktionen und Kundgebungen zum Kirchentag auf dem Programm. Mit der Bauernsternfahrt der bundesweiten Kampagne „Meine Landwirtschaft“ fordern sechszehnunddreißig Trägerorganisationen und immer mehr Bürgerinnen und Bürger eine bäuerliche und weltweit faire EU-Agrarpolitik. Wir sitzen an einer langen Tafel unter der Linde in dem heute idyllischen Innenhof

des gelb getünchten Vierseithofs. So heißt es, wenn die alten Stall-, Wirtschafts- und Wohngebäude den riesigen Hofplatz säumen. Wir hören Manfred Probst zu, dem Vater von Peter. Betriebswiedereinrichter ist ein sperriger Begriff und den verwendet er häufig, wenn er seine Hofgeschichte erzählt. Wer zu Beginn der DDR-Zeiten als Bauer nicht in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) absorbiert werden wollte, musste den Hof verlassen. Seine Eltern packten jedenfalls die Koffer und zogen mit ihm in den Westen. Kurz nach der Wende ist er mit seiner Frau und seinen Kindern zurückgekehrt. „Wir haben zwanzig Jahre gearbeitet, um das wieder in Schwung zu bringen“, sagt Manfred Probst.

Immer auf Achse

Heute ist fast schon ein ungewöhnlicher Tag für die im Schnitt zehn Sternfahrer. Am Abend findet ausnahmsweise keine Veranstaltung statt. Wir sind am frühen morgen von Zickra in Thüringen gestartet und haben bis Vorwerk Podemus in Dresden hundertvierzig Kilometer zurückgelegt. Zwölf Tage sind die Sternfahrer der Allgäu-Route unterwegs. Trotz der Anstrengungen ist die gute Laune in der Gruppe ansteckend. „Mittlerweile sieht der Hof gut aus“,

sagt Peter Probst, der uns nach dem gemeinsamen Abendessen eine Hofführung gibt. Allein aus dem alten Kuhstall habe man vierhundert Tonnen Bauschutt in Handarbeit rausgeholt. Heute ist darin ein moderner und recht großer Biosupermarkt mit fast ausschließlich zugekaufter Ware. Der wurde 2004 eingeweiht, wird von seinem Bruder Bernhard geführt, und ist ein Standbein auf dem bäuerlichen Familienbetrieb. Bernhard ist der Hofnachfolger und leitet insgesamt drei solcher Läden. Außerdem hat er eine eigene Fleischerei auf dem Hof aufgebaut. Siebzig Menschen arbeiten allein in der Fleischerei und den Läden.

Polizeibegleitung

Wenn die Sternfahrer der Allgäu-Route unterwegs sind, die allen voran von der jungen Abl organisiert wurde, dann bildet den Mittelpunkt ein Trecker mit geschmücktem Anhänger. Da der zweite Trecker bereits im Allgäu ausgefallen ist, wurde ein Auto mit Viehanhänger und Transparenten eingesetzt, das auf der Route das Schlusslicht bildet. Ein kleiner Bulli mit Kartenlesern fährt den Weg über voraus und gibt die Richtung an. Streckenweise begleiten Polizeiautos den Treck, die ortskundig als Wegweiser nützlich sind. In geringer

Geschwindigkeit geht es so täglich viele Stunden über die Landstraßen. Die anderen Sternfahrer fahren vor und beginnen mit den Vorbereitungen für die kommenden Aktionen. Jeden Abend wird in den Teambesprechungen der Ablauf des nächsten Tages besprochen. Der Betrieb auf Vorwerk Podemus wird nach den ökologischen Richtlinien der Gäa e.V. bewirtschaftet. Zu dem Hof gehören hundertneunzig Hektar Ackerland und vierzig Hektar Dauergrünland, fünfzig Milchkühe plus eigene Nachzucht, hundertsiebzig Mutterschafe, neunzig Mastschweine und ein kleiner Stall mit Hühnern. Manfred Probst hat mal den Arbeitskräfteeinsatz für den landwirtschaftlichen Betrieb pro hundert Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche berechnet und ist auf fünfeinhalb gekommen, einschließlich der Lehrlinge, Familienmitglieder und Aushilfen.

Auf jedem Hof ein Bett

Die Sternfahrertruppe übernachtet meist auf Höfen, die an der Route liegen. Die Bäuerinnen und Bauern stellen dann alle noch freien Betten zur Verfügung und die restlichen Sternfahrer rollen irgendwo in den Zimmern ihre Iso-

Zäune und Bewachung

Gentechnik ist nicht gesellschaftsfähig

In sanften Wellen schwingt die Landschaft. Riesige Felder, kaum Baum und Strauch. Die Bauernsternfahrt nähert sich Üplingen. Ziel ist der Schaugarten der BioTech Farm. Man ist angemeldet, Veranstalter, Zahl der Traktoren und der Menschen sind bekannt. Die Polizei ist vor Ort, gleich mit mehreren Mannschaftswagen. Auch der Sicherheitsdienst wirkt nervös. Hier wachsen nicht nur gentechnisch veränderte Mais- und Rübenpflänzchen, sondern hier liegt auch der Amflora-Freisetzungversuch. Doppelt abgezäunt und mit mehreren Wachtürmen versehen. Man traut den Bäuerinnen und Bauern nicht oder man traut ihnen viel zu.

Peinliche Führung

Nach der Eingangskontrolle beginnt die Führung. Für manchen enttäu-

schend. Philipp Brändle von der jungen AbL: „Sowohl die Führung als auch die inhaltliche Diskussion mit der Geschäftsführerin des Schaugartens, Kerstin Schmidt, war an Peinlichkeit kaum zu überbieten“, so der Sternfahrer „Die Behauptung, die genmanipulierten Zellen des BT-Maises würden sich nach der Nutzung in einer Biogasanlage nicht mehr im Biogas-Substrat nachweisen lassen, ist nur ein Beispiel für eine Vielzahl an haltlosen Behauptungen.“

Wissenschaftliches Deckmäntelchen

Man gibt sich wissenschaftlich, objektiv in Üplingen. Gerade das aber verursacht bei so manchen Sternfahrern zornige Gefühle. Wenn mitten in den Roundup resistenten Zuckerrüben eine Parzelle unbehandelt bleibt, um zu zeigen, wie es ohne Pflanzenschutzmittel also im Öko-

landbau aussähe. Melde in Reinsaat. Auch die sehr unterschiedlichen Aussaatzeitpunkte der verschiedenen Maissorten machen die Besucher stutzig. Jetzt noch eindeutig zu erkennen, wird in ein paar Wochen der Anschein entstehen, dass die gentechnisch veränderten Sorten besser stehen. Ob dann noch jemand sagt, dass sie eher gesät wurden?

Wie man es bewerten soll, dass in dem Schaugarten, der offiziell als Forschungsfreisetzung angemeldet ist, Pflanzen in die Umwelt gebracht werden, die nicht zugelassen sind, einzig zu dem Zweck Werbung für Gentechnik zu machen bleibt jedem selbst überlassen. *mn*



Die Geschäftsführerin der BiTechFarm ist den kritischen Fragen nicht gewachsen. Fotos: Nürnberger

Tafeln vorm Kanzleramt

Sternfahrer übergeben Forderungen für Angela Merkel

Da waren sie. Traktoren, Bäuerinnen und Bauern rollten vor das Kanzleramt in Berlin. Begrüßt von zahlreichen Berufskollegen, Aktivisten und Verbrauchern. Schon Stunden vorher hatten viele Freiwillige begonnen, die „Bauern Tafel“ zu decken. Das Frühstück bestand aus regionalen Produkten, die die Sternfahrer auf ihren verschiedenen Routen mitgebracht haben. Leider blieb der Stuhl

chenstellungen erläutert wurden. Die Sternfahrer wurden von Hendrik Maas, Christine Weißenberg, Johanna Böse-Hartje und Ulrich Jasper vertreten. Wie breit die Bewegung ist zeigten die Krabbenfischer, die sich mit ihrem Kampf für faire Preise der Tour angeschlossen hatten, ebenso wie die Initiative Krach schlagen statt Kohldampf schieben der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg.



Regionale Produkte aus ganz Deutschland beim Bauernfrühstück. Leider ohne die Kanzlerin.

von Frau Merkel leer. Eine Delegation überbrachte die Forderungen von Bauern, Verbrauchern, Umwelt- und Tierschützern. Auf zwei Bildschirmen konnten die Anwesenden die unterwegs gesammelten Statements betrachten: Keine Megaschlachthöfe wie bei Thönies in Weißenfels, kein Atommüllversteck ohne Rückholbarkeit in Gorleben. Gentechnikfreie Äcker auf denen Artenvielfalt eine Chance hat. Gerechte Handelsbeziehungen auch zu den Ländern des Südens, ohne Exportdumping. Zwei Wochen nach der Tour kam es noch zu einem persönlichen Gespräch mit der Fachabteilung des Kanzleramts, bei dem alle derzeit anstehenden agrarpolitischen Wei-

Dass der zivile Protest gegen die derzeitige Agrar- und Verbraucherpolitik noch lange nicht am Ende ist, machte Hubert Weiger als Vorsitzender des BUND deutlich, indem er einen Bogen von der Demo „Wir haben es satt!“ im Januar über die Sternfahrt bis zur nächsten Grünen Woche im Januar 2012 spannte, bei der es wieder eine Aktion geben werde.

Auch die Sternfahrer machten deutlich, dass ihre Tour nur ein Ereignis in ihrem Kampf für eine bessere Agrarpolitik sei, ebenso wie der Protest der Milchbäuerinnen vor zwei Jahren an gleicher Stelle. Die Politik ist träge und nur mit vereinten Kräften in Bewegung zu versetzen. *mn*

Fortsetzung vom Seite 12

matten und Schlafsäcke aus. Mahlzeiten, anregende Gespräche und viel Herzlichkeit sind inbegriffen.

Wir stehen vor einem acht Hektar großen Feld mit einem Anbaugemisch aus Gerste, Hafer und Erbsen. Hinter dem Feldrand flimmern die Lichter von Dresden und links schlängelt sich eine Autobahn durchs Land.

Und die Anderen?

Ein Blick zu den anderen Sternfahrer-

routen: Die Sternfahrer aus Niedersachsen, maßgeblich vom BDM organisiert und unterstützt von den Krabbenfischern, sind ebenfalls zwölf Tage unterwegs. Die Route ist mit stattlichen fünf Treckern von überwiegend ostfriesischen Bauern in Greetsiel gestartet und fährt mit Ausnahme eines technischen Ausfalls durch bis Berlin.

In Wietze schließen sich zwei Trecker aus Schleswig-Holstein dem Sternfahrertreck bis Berlin an. Selbst die große Truppe ist hauptsächlich auf Höfen untergebracht oder quartiert sich alternativ auch mal in

Gaststätten ein. Die Sternfahrer-Route aus Südhessen ist mit einem Trecker unterwegs, führt wie überall mit Unterstützung vor Ort ebenfalls viele Veranstaltungen und Aktionen durch und fährt ab Braunschweig mit der Niedersachsen-Route. Für eine wirklich sternförmige Bauernsternfahrt sorgt die vierte Route aus Rostock, die einige Tage nach den anderen startet und in Ostdeutschland Flagge gegen Industrialisierung, Gentechnik und Massentierhaltung zeigt. Initiiert von Thönes Natur, einem Verbund aus Bauernhöfen, Schlachtern

und Metzgereien, fahren im Wechsel verschiedene Trecker mit Mottoanhängern in sechs Tagen nach Berlin.

Auf Vorwerk Podemus sitzen wir abends noch bei einem Bier zusammen mit der Familie Probst unter der Linde. Feierabend für alle. Wir verstehen Manfred Probst gut, wenn er sagt: „Wir freuen uns, dass wir das alles in junge Hände abgeben können.“

Berit Thomsen

Ausführliche Dokumentation der Sternfahrt: abl-ev.del/junge-abl/sternfahrt-dokumentation

Viel Diskussionsbedarf um niedersächsischen Tierschutzplan

Die Niedersächsische Landesregierung lässt sich von Landvolkpräsident Hilse nicht unter Druck setzen

Nach dem Sternfahrer-Start im niedersächsischen Greetsiel fuhren zehn Traktoren aus den Kreisen Leer, Ammerland und Diepholz weiter in Richtung Cloppenburg. Das Landvolk Niedersachsen (Landesbauernverband) hatte Ministerpräsident David McAllister (CDU) und Agrarminister Gert Lindemann (CDU) zu einem Bauerntag mit Diskussion über Niedersachsens Tierschutzpläne eingeladen. Beide sollten zu einem Rückzug von diesen Plänen gezwungen werden, die sie unter dem Druck der Wähler, der Bürgerinitiativen und der CDU-Landräte im Emsland und in Süddoldenburg formuliert hatten.

Von Sternfahrern begrüßt

Auf dem Vorplatz der Münsterlandhalle

wurden die Politiker von etwa 40 Demonstranten, darunter die Sternfahrer, mit Tröten, Trillerpfeifen und Topf-Trommeln in Empfang genommen. Bauern vom Bund deutscher Milchviehalter (BDM), der Fairen Milch und Neuland, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, mehrere Bürgerinitiativen gegen Großmastanlagen sowie Umwelt- und Tierschützer hatten ein gemeinsames Anliegen: Sie wollten den Agrarminister auf seine Tierschutzpläne festnageln und sich für faire Erzeugerpreise einsetzen. Vor Beginn der Veranstaltung stellte sich der Agrarminister dem Gespräch mit Demonstranten. Johanna Böse-Hartje aus dem BDM-Landesvorstand unterstrich, der Verband sei vor Ort, um Lindemann bei seinen Tierschutzplänen den Rücken

zu stärken: „Wir brauchen eine eigentümmergeführte und gesellschaftsverträgliche Landwirtschaft.“ Der Präsident des deutschen Tierschutzbunds, Wolfgang Apel, wies auf die Kraft der immer kritischer werdenden Verbraucher hin.

Öffentliche Akzeptanz nötig

Landvolkpräsident Werner Hilse appellierte in seiner Eingangsrede keine Einverständnisse zugunsten des Tierschutzes zu machen: „Wir brauchen eine Politik, die sich nicht vom „Mainstream“ beeinflussen lässt.“ Mc Allister ließ sich nicht beirren: „Nutztierhaltung kann auf Dauer nur praktiziert werden, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist.“ Es könne nicht darum gehen, Tiere den Haltungsformen anzupassen. Das „Kerngebiet der Nutztierhal-

tung“, Niedersachsen, sah er in einer besonderen Verantwortung. In der Diskussion ging es um die Themen Biogas, Geflügel- und Schweinehaltung sowie Milchwirtschaft. Eine Milchbäuerin wies auf den Umstand hin, dass die Milch, sobald sie das Euter verlassen habe, nicht mehr den Bauern gehöre. Ihre Forderung nach politischer Unterstützung der Landesregierung für eine bessere Marktposition der Milchbauern gegenüber den Molkereien wies Lindemann zurück. Insgesamt blieben Niedersachsens Tierschutzpläne auf der Veranstaltung zwar recht unkonkret, jedoch machte Lindemann deutlich: „Verbraucher sind nicht nur die Kunden für unsere Produkte, sondern auch die Steuerzahler für nationale Förderprogramme.“ *ch*

Die Bauernsternfahrer sagen Danke!

An die aktiven Menschen in vielen Orte, die uns gestärkt haben mit gutem Essen und Trinken, mit Schlafplätzen, mit Treckern und Treckerdiesel, mit Veranstaltungen und Referenten, mit Kritik und Phantasie, mit Gedichten und Liedern von Kindern, mit freundschaftlichen Umarmungen und Lächeln ...

im Auftrag Georg Janßen

Für faire Preise nach Berlin

Sternfahrer besuchen auf ihrem Weg positive und negative Beispiele

Krabbenfischer und Milchbauern. So unterschiedlich diese Berufe sind. Auf der Bauernsternfahrt ziehen sie gemeinsam nach Berlin unter dem Motto: „Wir haben es satt – Ja zu Artenvielfalt, Bauernhöfen und fairen Märkten“. Denn, die politischen Rahmenbedingungen für Milchzeuger sind katastrophal. Auch die Krabbenfischer in Ostfriesland kämpfen um ihre Existenz. Bauern und Fischer fürchten, dass ihre Familienbetriebe durch industrielle Strukturen verdrängt werden. Mit bunten Faironikas und nachgebauten Fischkuttern auf ihren Traktoranhängern fahren sie ins Bundeskanzleramt nach Berlin. Die Banner der AbL, der jungen AbL und des Bundesverbands deutscher Milchviehalter flatterten neben den Fahnen des BUND und vieler anderer Unterstützer. Sie fordern faire Preise weltweit, Stabile Märkte und ausgewogene Kräfteverhältnisse zwischen den Marktakteuren. Auf ihrem Weg zum Kanzleramt Merkel statten die Sternfahrer unter anderem Europas größter Molkerei Müller Milch einen Besuch ab. „Wir brauchen solche

Giganten nicht“, Lucia Egner, BDM-Bäuerin aus Bayern fordert eine EU-Politik, die die Verhandlungsmacht der Milchzeuger stärkt. „Wir Bauern haben bei so großen Molkereien keine Möglichkeiten der Mitsprache mehr.“ Von Angela Merkel erwartet sie, dass sie sich für eine Politik einsetzt, die kleine, regionale Strukturen statt gigantischer Projekte fördert. Im Sauerland besuchen die Sternfahrer die Uppländer Bauernmolkerei. Das Konzept der Molkerei in Willingen Usseln ist ein regionales Beispiel für eine alternative Wirtschaftsweise, bei der Erzeuger faire Preise bekommen und die Möglichkeit der Mitbestimmung haben. Der Aufsichtsratsvorsitzende und Bio-Landwirt Josef Jacobi freut sich über die Sternfahrer: „Es macht Spaß zu sehen, wie die junge AbL bäuerliche Landwirtschaft auf freundliche Art und Weise zum öffentlichen Thema macht. Bauern, Verbraucher, Umweltschützer und Tierschützer müssen zusammenstehen für sozialverträgliche, umweltfreundliche Landwirtschaft mit fairen Preisen für alle.“ *mh*



Landwirtschaftsminister Lindemann im Gespräch mit den Demonstranten.

Foto: Hinc

Sternfahrt-Aktionäre gesucht!

Die Bauernsternfahrt braucht deine Unterstützung!

Wir machten uns aus Nord und Süd auf den Weg nach Berlin, um auch für Eure Zukunft zu protestieren. Vielen Dank für Eure Teilnahme. Wir möchten Euch nochmal um Eure finanzielle Unterstützung bitten. Wir hatten neben Kosten für Personal- und Transportmittel auch Kosten für ein Filmteam, die Anlage vor dem Kanzleramt, Verpflegung und vieles mehr. Trotz viel ehrenamtlichen Engagements sind die Kosten von insgesamt 35.000 € noch nicht ganz gedeckt.

Deswegen: Werde Sternfahrt-Aktionär und kauf eine oder mehrere Sternfahrt-Aktien im Wert von je 50 €.

Richte deine Spende an das Konto:

Konto: 260 120 05

BLZ: 370 501 98

Institut: Sparkasse Köln-Bonn

Stichwort (wichtig!): Sternfahrt

Wir danken euch jetzt schon recht herzlich.

Lea Unterholzner und Jan Wendel für die Junge AbL

Kleinsterezeuger dürfen weiter Sorten tauschen

Pflanzentauschmärkte durch Ausnahmeregel von EU-Recht vorübergehend gerettet

Schon immer tauschten Menschen, die alte Sorten erhalten wollten oder nicht gewerblich züchteten, Saatgut untereinander. Im Zuge der Überarbeitung der österreichischen Saatgutverordnung stand dieses Recht auf der Kippe: Nach der EU-Richtlinie für Erhaltungssorten von 2008, die deren Inverkehrbringen regelt, müssen Sorten, die bisher allen frei zu Verfügung standen, gegen eine Gebühr für den kommerziellen Verkauf angemeldet werden. Zwar gibt es ein im Vergleich zum regulären Zulassungsverfahren vereinfachtes und billigeres Verfahren – doch verbietet es den freien Saatgutaustausch. Die EU-Richtlinie, so Dreschflügel, ein Verein zur Förderung der Kulturpflanzenvielfalt, behindere das Inverkehrbringen eher, als dass sie es fördere.

Nachdem es in Österreich viel Kritik an der Anpassung an EU-Recht gegeben hatte, darf Saatgut von Erhaltungs- und Amateursorten, also alten, vom Aussterben bedrohten oder nicht zugelassenen Sorten, weiter unter Kleinsterezeugern getauscht werden. Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich

unterzeichnete eine entsprechende Ausnahmeregelung. Danach dürfen jährlich 200 kg Saatgut pro Person getauscht werden. Die Geschäftsführerin Beate Koller von Arche Noah, einer österreichischen Initiative für Kulturpflanzenvielfalt, begrüßt dieses Vorgehen: „Es wäre ein verheerendes Signal für die Freiwilligen gewesen, wenn ihr ehrenamtliches Engagement mit hohen Verwaltungsstrafen bedroht worden wäre – und das, obwohl sie in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Sorten vor dem Aussterben bewahrt haben.“

Unklare Regelung

In Deutschland gibt es bezüglich Erhaltungs- und Amateursorten keine klare gesetzliche Regelung für eine nicht-kommerzielle Abgabe von Saatgut. Unklar ist, ob ein Tausch unter die gesetzlichen Regelungen für das „Inverkehrbringen“ fällt. Sabine Marten von Dreschflügel weist auf Beschränkungen für den Handel mit Erhaltungssorten hin: „Erhaltungssorten dürfen – mit wenigen Ausnahmen – nur in ihren Ursprungsregionen vermehrt und in Verkehr gebracht werden.“

Diese Regelung ginge, so Marten, am Sinn der Erhaltungs- und Amateursorten vorbei, die über Jahrzehnte in verschiedenen Regionen angebaut worden seien, auch um eine möglichst hohe genetische Vielfalt zu erhalten. In Österreich besteht dieses Problem nicht, da als Ursprungsregion die gesamte Landesfläche definiert wurde. Hinderlich für den Sortenerhalt ist auch die in Deutschland geltende Sperrfrist von zwei Jahren nach Auslaufen eines Eintrags im EU- oder nationalen Sortenkatalog.

Die neuen EU-Richtlinien zu den Erhaltungssorten von 2008 (Getreide und Kartoffeln) und 2009 (Gemüse) und deren nationale Umsetzungen könnten jedoch schon bald wieder passe sein. Unter dem Schlagwort „better regulation“ arbeitet die Europäische Kommission derzeit an einer Revision des Europäischen Saatgutrechts – auch für nichtkommerzielle Sorten. Die bisher zwölf Richtlinien, die das europäische Saatgutverkehrsrecht regeln, sollen in einer Verordnung zusammengefasst werden. Dies würde in den Mitgliedsstaaten unmittelbar geltendes Recht setzen. ch

Gentechnik im Essen

„Da sind die meisten Kunden extrem empfindlich“

Gemeinsam mit Frank Schröder betreibt Anne Drepper zwei Bioläden im nordrhein-westfälischen Münster. Einer liegt direkt auf einem Ziegenmilchbetrieb, der neben Gemüse, Rindfleisch und Getreide bald auch eigene Ziegenmilchprodukte für den Bioladen produziert. Schon der Name des Bioladens ist regional: „Slickertann“ ist Münsteraner Platt und bedeutet „Schleckerzahn“.

Anne Drepper, was halten Sie von der Kampagne „Meine-Landwirtschaft.de“? Ich finde die Kampagne gut. Ich fände es sinnvoll, einfach weil es nachhaltiger ist, dass eine ökologische Landwirtschaft stärker gefördert wird – vor allem als Masselandwirtschaft. Wenn man darüber diskutiert, was nachhaltiger ist und was gefördert werden soll, dann halte ich die ökologische Landwirtschaft für zukunftsfähiger als die, die Spuren und Giftstoffe in der Nahrungskette hinterlässt.

Was machen Sie, um die ökologische Landwirtschaft zu unterstützen?

Wir verkaufen ökologisch erzeugte Lebensmittel. Besonderen Wert legen wir auf Regionalität. Aber natürlich verlangen die Kunden auch im Winter Tomaten. Ohne Tomaten kämen die Kunden nicht mehr. Also haben wir auch Waren, die weite Wege hinter sich haben. Wir achten dann darauf, dass es Schiffsware ist und nicht

Flugzeugware. Bei den deutschen Herstellern achten wir darauf, dass sie nach Möglichkeit aus der Region sind. Wenn es jetzt mit dem frischen Gemüse wieder losgeht, dann machen wir Regionalsticker auf das Gemüse, damit die Verbraucher sehen können, was aus der Region kommt. Schon vor zwölf Jahren haben wir uns für einen regionalen Händler entschieden, der von Bauern aus dem Umland direkt Obst und Gemüse bezieht. An den Transportkosten können wir sehen, welche Kiste von welchem Hof kommt.

Können Sie Ihre Überzeugungen, was die ökologische Landwirtschaft und die Regionalität angeht, Ihren Kunden vermitteln?

Wir versuchen in Gesprächen immer wieder, die Thematik Regionalität zu vermitteln. Oft fragen die Leute selbst, ob Produkte aus Übersee kommen und ob sie geflogen werden. Wir versuchen auch, bestimmte Sachen einfach zu vermeiden, wie z.B. Produkte von „Rapunzel“. Die Firma hat die Verträge mit dem Biogroßhandel vor einigen Jahren gekündigt, um nur noch selbst zu liefern. Das heißt, jede Lieferung muss extra auf dem LKW hierher transportiert werden. Wir fänden es sinnvoller, wenn die Rapunzelware direkt zum Großhändler hier in der Nähe käme, um von dort an verschiedene Kunden in der Region verteilt zu werden.

Stößt das bei den Verbrauchern auf Verständnis?

Ja. Viele sind bei diesem Thema sensibel. Zum Teil misstrauen sie dem Obst und Gemüse aus den Niederlanden oder aus Italien, da sie im Kopf haben, es schmecke wässrig oder man könne, wegen der Mafia, den Angaben nicht vertrauen. Ich habe selten Jemanden, der sagt: „Mir ist egal, wo es herkommt“. Was die Gentechnik betrifft, sind die Kunden extrem empfindlich. Wir beziehen deswegen auch keine Waschmittel von der Firma „Ecover“, da die mit Enzymen aus gentechnisch veränderten Organismen arbeiten.

Vielen Dank

mh



Anne Schröder und Frank Drepper vor einem ihrer Läden. Foto: Herzog



Genmanipulierte Snacks

36 Berliner Filialen der Videothekskette „VideoWorld“ hatte Greenpeace Berlin besucht, in 26 davon hatte die Gruppe Chips, Schokoriegel und andere Süßigkeiten gefunden, die entweder gentechnisch veränderte Zutaten wie Soja, Mais und Zucker enthalten oder laut Kennzeichnung „enthalten können“. Diese Art der Kennzeichnung ist im deutschen Gentechnikrecht nicht vorgesehen. „In Zeiten, in denen ein Lebensmittelskandal den nächsten jagt, kann es einem Unternehmen nicht egal sein, was er an die Verbraucher verkauft“, sagte Christian Findeisen von Greenpeace Berlin. Zwar hat die Vertriebsleitung von VideoWorld Greenpeace zugesichert, den Importeur umgehend zur korrekten Kennzeichnung der Waren aufzufordern. Die Produkte wie etwa den Schokoriegel „Butterfinger“ von Nestle wollen sie aber weiter verkaufen. ch

Gentechnik-Lachs vorerst gestoppt

Es wäre die erste Zulassung für ein kommerziell genutztes gentechnisch verändertes Tier gewesen. Doch das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat eine Zulassung auf gentechnisch veränderte Lachse vorerst gestoppt. Ein nun verabschiedeter Gesetzesentwurf entzieht der US-Behörde für Lebensmittelzulassung (FDA) Gelder für die Zulassung des Gentechnik-Lachses. Diese hatte den Lachs bereits als unbedenklich bewertet. Es handelt sich um einen von dem US-Unternehmen AquaBounty entwickelten genetisch veränderten Atlantischen Lachs, der doppelt so schnell wie Wildlachs wächst. Die Firma hatte vor mehr als zehn Jahren eine Genehmigung des Fisches beantragt. Einer der Gegner des Gentechnik-Lachses war ein Abgeordneter aus Alaska, der in dem genmanipulierten Fisch eine Bedrohung für den Wildlachs-Fang sieht. Der Hersteller argumentiert, die Fische sollten nur in geschlossenen Fischfarmen im Binnenland gehalten werden und seien zudem steril. Dennoch befürchten Kritiker die Verdrängung oder gar Auslöschung natürlicher Populationen. Sie demonstrierten vor dem Weißen Haus gegen den sogenannten „Frankenfisch“. Stimmt auch der Senat dem Entwurf zu, wäre das eine Riesen-Pleite für die Firma, da das Geschäft angesichts sinkender Fangerträge in den Meeren großen Gewinn verspricht. *ch*

Blutschwitzen durch Impfstoff

Wissenschaftler des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) haben herausgefunden, dass die Impfung gegen die Durchfallerkrankung Bovine Virusdiarrhöe (BVD) bei Rindern zur Bildung von Antikörpern führt, die sich an Blutzellen festsetzen können. Wenn diese Antikörper über das Kolostrum der geimpften Kuh von dem Kalb aufgenommen werden, können sie dort Blut und Knochenmarkszellen zerstören. In betroffenen Betrieben führe das bei bis zu 15 Prozent der Kälber zu dem sogenannten „Blutschwitzen“, so das PEI. Bei dieser Erkrankung, die wissenschaftlich als Bovine Neonatale Panzytopenie (BNP) bezeichnet wird, treten im ersten Lebensmonat bei einzelnen Kälbern plötzlich unstillbare Blutungen aus Körperöffnungen und Verletzungen auf. Erstmals trat die Krankheit 2006 bei einem Tier im Raum Baden-Württemberg auf. Erst im März 2009 wurde das Blutschwitzen in Zusammenhang mit dem BVD-Impfstoff „PregSure“ gebracht. Für Deutschland sind mittlerweile über 3.000 Fälle registriert, in Europa sind es insgesamt über 4.500 Berichte. Der Hersteller von „PregSure“, die Pharmafirma „Pfizer“ hat den Impfstoff inzwischen vom Markt genommen. Für betroffene Tierhalter gibt es keine Entschädigung für entstandene Tierarztkosten oder den Verlust von Kälbern. Allerdings besteht die Möglichkeit einer Klage gegen die Herstellerfirma. *mh*

Informationen hierzu gibt es bei der „Interessengemeinschaft Blutschwitzer“, www.ig-blutschwitzer.de

Biogas verdrängt Schäfer

Schäfer warnen vor der Verdrängung der Weidekultur mit Schafen durch den verstärkten Anbau nachwachsender Rohstoffe für Biogasanlagen. Bernd Birkhold-Weise vom Schafzuchtverband Berlin-Brandenburg machte anlässlich des einjährigen Jubiläum des europäischen Hirtenzuges in Berlin auch noch auf die Flächenkonkurrenz auf Grenzstandorten aufmerksam, auf denen Photovoltaikflächen aufgestellt würden. Diese Lagen seien bisher bevorzugt von Schäfern genutzt worden. Im Zuge des angestrebten Ausbaus von erneuerbaren Energien werde das Problem zunehmen, so Birkhold-Weise. *mh*

Milchbauern protestieren

Etwa 500 französische Milcherzeuger aus verschiedenen Regionen haben Ende Mai in der Hauptstadt Angers in Westfrankreich demonstriert. Sie kritisierten die von Le Maire am 1. April eingeführte Vertragspolitik in der Milchwirtschaft. Laut dem Verband der Unabhängigen Milcherzeuger (APLI) werde diese dazu führen, dass die Preisverhandlungen, für die bislang die Milchinterprofession CNIEL zuständig war, künftig dezentralisiert in den von Le Maire geplanten insgesamt neun „regionalen Milchbecken“ erfolgen. Gérard Durand von der Confédération Paysanne warnte vor zersplitterten und individuellen Verträgen mit den Molkereien. Es mache keinen Sinn, wenn jeder Milchproduzent vor Ort den Preis mit seiner Molkerei aushandelt, so das Ausschussmitglied. Vielmehr ist es notwendig, eine gemeinsame Vertretung auf nationaler und europäischer Ebene zu installieren, um kostendeckende Preise für die Milcherzeuger durchzusetzen, so Durand. *mh*

Kurzes am Rande

Härtefallregelung für Altenteiler

Hofabgabeklausel bleibt weiter bestehen

Mit 65 bzw. demnächst mit 67 Jahren hört man auf zu arbeiten und bekommt seine Rente. Jedenfalls wenn man als Angestellter gearbeitet hat. Bauern bekommen ihre Rente nicht automatisch mit dem Eintritt ins Regelrentenalter. Von ihren Beitragszahlungen sehen sie erst etwas, wenn sie ihre Flächen an einen Nachfolger abgegeben, verkauft oder verpachtet haben. Verantwortlich dafür ist die Hofabgabeklausel im Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Die Rente war bei Einführung der Klausel 1957 als eine Art Taschengeld gedacht – die Altenteiler blieben bei ihren Kindern auf dem Hof und wurden dort versorgt. Während andere Freiberufler, wie Handwerker, selbstständig für ihre Altersversorgung verantwortlich sind, werden Bauern und deren Ehegatten gezwungen, in die landwirtschaftliche Alterskasse ein zu zahlen. Heinrich Eickmann aus Leopoldshöhe vom Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel sieht darin einen Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes und der EU-Menschenrechtscharta. Derzeit klagen mehrere Landwirte vor verschiedenen Sozialgerichten gegen die Hofabgabeklausel, vertreten durch die Münsteraner Kanzlei Meisterernst. Notfalls wollen die Bauern bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen.

Weiterer Strukturwandel gewollt

Aus der Hofabgabeklausel erwachsen für Landwirte verschiedenartige Probleme. Oft gibt es keinen unmittelbaren Hofnachfolger, so dass die Flächen an umliegende Höfe verkauft oder verpachtet werden müssen. Der Betrieb in seiner bestehenden Struktur wird dadurch zerschlagen. Gleichzeitig führt dies zu immer größeren Strukturen. Die Betriebsleiter wollen aber selbst entscheiden, wie, von wem und ab wann ihre Flächen genutzt werden. Ein weiteres Problem ist die Altersarmut: Kleine und mittlere Höfe sind laut Angabe des Arbeitskreises auf die Erträge aus der Landwirtschaft angewiesen, da Rente und geringe Pachteinnahmen nicht genügen. 2008 lag die Rente für ein Ehepaar mit durchschnittlich 692,24 € unter dem bundesweiten Existenzminimum.

Diskriminierend ist die Hofabgabeklausel für Frauen, da auch sie als Ehepartner keine Rente bekommen, wenn der Mann den Hof nicht abgibt. Frauen dürfen den Hof nur übernehmen, wenn sie im Frührentenalter sind oder wenn ihr Mann voll erwerbsgemindert ist. Für den Erhalt des Hofes habe die Sozialberatung, so Eickmeyer, bereits zur Schei-

dung geraten. Viele Bauern sehen sich gezwungen, Scheinpachtverträge abzuschließen oder den Hof pro forma an einen Verwandten abzugeben. Für die Bundesregierung ist dies kein Problem, da eine Weiterarbeit im Angestelltenverhältnis legal sei. In Berlin betrachtet man die Pro-forma-Verträge denn auch nicht als Scheinverträge. Für ökologisch wirtschaftende Höfe kommt hinzu, dass die zeitliche längerfristige Bindung in Förderprogrammen zu Verlusten von Prämien führen kann, wenn kein ökologisch wirtschaftender Nachfolger gefunden werden kann.

Eine vollständige Abschaffung der Hofabgabeklausel als Rentenvoraussetzung kommt für das Bundeslandwirtschaftsministerium nicht in Betracht. Stattdessen will es bis zum Ende des Jahres gesetzliche Härtefallregelungen schaffen. Im Gespräch ist, die Hofübergabe an Ehepartner ohne Alterseinschränkungen zu ermöglichen. Außerdem soll Bauern eine gewerbliche Tierhaltung erleichtert werden. Reinhard Koch, Mitglied des Arbeitskreises, sieht dies als „Bonbon“, damit keine grundsätzlichen Änderungen gemacht werden müssen.

Starke Lobbygruppen

Interesse an der Aufrechterhaltung der Klausel haben der Deutsche Bauernverband und seine Landesverbände als Träger der Sozial- und Rechtsberatung. Abgerechnet werden Sozialberatungen über die Alterskassen. Wären diese Beratungen infolge einer Abschaffung der Klausel nicht mehr nötig, würden Einnahmen in Höhe von jährlich 2 Mio. Euro wegfallen. So verwundert es nicht, dass die Landesbauernverbände und die Landjugend an der Klausel festhalten wollen. Weiterhin argumentieren sie, im Fall der Abschaffung würde die Grundlage für die Bundeszuschüsse der Alterskasse wegfallen. Nach Einschätzung der Bundesregierung sind die Kosten einer Abschaffung der Hofabgabe erheblich, ohne dass genauere Angaben gemacht werden. Das Bundesministerium will die Abgabepflicht erhalten, da andernfalls das Verhältnis von Renteneinzahlern und -empfängern weiter ins Ungleichgewicht käme. Da aber mangels Hofnachfolge viele Flächen auf bestehende Höfe verteilt werden, ist es wahrscheinlich, dass nur wenige neue Beitragszahler dazukommen. Eickmeyer sieht das jetzige Rentenmodell als Auslaufmodell: „Wir Bauern ohne Rente subventionieren dieses Modell nicht länger.“ *ch*

Informationen rund um den Arbeitskreis unter: www.hofabgabeklausel.de

„Der Kampf ist ein gemeinsamer“

Eine Kleinbäuerin aus Paraguay berichtete vom Widerstand gegen den Sojaanbau und erlebte große Solidarität

Von den Auswirkungen des Sojaanbaus in Paraguay zu berichten und davon, was das mit uns zu tun hat, ist Esther Leiva (siehe Interview *Unabhängige Bauernstimme* 06/2011) im Mai den langen Weg nach Deutschland gekommen. Die Kleinbäuerin und Aktivistin war auf Einladung von FIAN Deutschland e.V. angereist, einer Organisation, die sich weltweit für das Recht auf Nahrung einsetzt. Gemeinsam mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst, dem katholischen Fonds und der Stiftung Umverteilen konnte die vierwöchige Rundreise finanziert werden.

Das Programm war mit insgesamt zwölf öffentlichen Vorträgen, zahlreichen Hofbesichtigungen und Austausch mit Landwirten sowie Begegnungen mit Aktivisten prall gefüllt. Über 600 Menschen kamen insgesamt zu den Veranstaltungen und die Presseresonanz war groß. Eine großartige Bilanz, war die Berufsaktivistin und Mutter von vier Kindern doch angereist, um hiesige Konsumenten zu erreichen: „Die Menschen hier sollen wissen, dass sie Gift auf dem Teller haben, wenn sie billiges Fleisch und Milchprodukte kaufen. Und sie sollen wissen, dass der Sojaanbau für uns Vertreibung und Hunger bedeutet.“

Denn gentechnisch veränderte Soja, die in gigantischen Monokulturen in Paraguay angebaut wird, landet in hiesigen Futtertrögen und somit täglich auf unseren Tellern. Von den 35 Millionen Tonnen Soja, die jährlich in die EU importiert werden, sind deutsche Bauern und Massentierbetriebe mit 8 Millionen Tonnen die größten Abnehmer. Und der Bedarf steigt weiter, was in Paraguay, an weltweit vierter Position im Sojaexport, verheerende Folgen für Mensch und Umwelt hat: Der massive Pestizideinsatz, oft per Flugzeug, vergiftet die Landbewohner, ihre Tiere und Felder. Das ist besonders fatal, da die Kleinbauern, die immerhin die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, als Subsistenzbauern direkt von dem leben, was sie anbauen. Zerstörung des Regenwaldes, Bodenerosion und verseuchte Gewässer sind weitere Folgen. Da sich die Sojabarone und internationalen Agrarfirmer immer mehr Land einverleiben, werden die Kleinbauern vertrieben und landen in den Elendsvierteln der Städte. Die Sojaexpansion verschärft den Landkonflikt, der durch eine der ungerechtesten Landkonzentrationen weltweit ohnehin das drängendste soziale Problem in Paraguay ist.

Kämpfen gegen die Vertreibung

Doch dagegen formiert sich Widerstand und es war Esther Leiva wichtig, über den Kampf der Kleinbauern um Land und gegen das Agrarbusiness zu sprechen, der trotz starker Repression von Seiten des Staates und der

Mächtigen im Lande auf vielfältige Weise geführt wird. „Wir haben keine andere Wahl“, betonte sie, „wir kämpfen für unser Recht und für das Leben.“

Für die meisten Verbraucher waren diese Dimensionen des Sojaanbaus unbekannt und schockierend. Wie wichtig der Blick über den Tellerrand war, zeigten die vielen positiven Reaktionen der Besucher. „Es muss einfach mehr dafür getan werden, dass wir Konsumenten hier in Deutschland mit diesen Problemen konfrontiert werden“, schrieb eine Leipziger Besucherin ins Gästebuch. Es bleibt zu hoffen, dass die Dringlichkeit, als Verbraucher mit darüber zu entscheiden, was auf unsere Teller kommt, im Alltag umgesetzt und weitergetragen wird. Bewusst einzukaufen und im Handel kritisch nachzufragen sind machtvolle Instrumente. Immer wieder wurde aber auch betont, wie wichtig eine veränderte Agrarpolitik in Deutschland und auf EU-Ebene ist. Im Saarland nutzte Esther die Gelegenheit, bei einem agrarpolitischen Fachgespräch, unter anderem mit Vertretern von Landwirtschafts- und Umweltministerium, Landwirtschaftskammer und Bauernverband, im Landtag ihre



Esther Leiva (mitte) zu Gast bei Abl-Milchbauer Hans Joachim Janson (rechts) im Westerwald. Foto: Holz

Punkte darzulegen. Auch hier zeigten sich die Anwesenden beeindruckt vom globalen Zusammenhang, was einmal mehr die Bedeutung solcher Besuche betont. Besonders wichtig war für die 38-Jährige dabei der Perspektivwechsel zwischen Stadt und Land; mit Konsumenten auf der einen und mit hiesigen Landwirten auf der anderen Seite ins Gespräch zu kommen. Die Infos, dass auch deutsche Bauern unter den Folgen einer Agrarpolitik und industrialisierter Landwirtschaft leiden, die Gewinne für die Großen bedeutet und die Existenz der kleinen Produzenten bedroht, war eine neue Erkenntnis für Esther. Ebenso wie die

Schilderungen ihrer Kollegen in Brandenburg, Bayern oder Rheinland-Pfalz vom Wachstums-Druck und von Verschuldungsfallen, aber auch von Landgrabbing durch große Firmen. Umso mehr beeindruckten die paraguayische Kleinbäuerin auf ihrer Reise Höfe, auf denen die Bauern ganz bewusst auf Soja verzichten und eigene Futtermittel anbauen, ihre Produkte selbst verarbeiten und vermarkten – gegen viele Widerstände, aber durchaus erfolgreich.

Andere Orte ähnliche Probleme

Das Wissen um die Kämpfe ihrer Kollegen in Südamerika hat schließlich viele Landwirte hier darin bestärkt, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen: „Wir wissen nun ein Stück mehr, weshalb wir auf unserem Biohof täglich weiterkämpfen“, sagte eine bewegte Bäuerin nach Esthers Vortrag. Viele Menschen, denen Esther begegnete, waren beeindruckt von der entschlossenen Frau, für die der Kampf für eine bessere Welt gelebter Alltag ist. „Ihr Mut und Engagement geben neuen Ansporn für die politische Arbeit hierzulande“, brachte eine Aktivistin dies auf den Punkt.

Dass der Kampf, hierzulande und in Südamerika, ein gemeinsamer ist, war eine wesentliche Erkenntnis dieser Rundreise. Esther hatte in ihrem Gepäck schließlich viele neue Kontakte, das Wissen um die Solidarität von hier aus und die beflügelte Hoffnung auf eine bessere Welt: „Sie ist möglich, wenn wir gemeinsam dafür kämpfen.“

Steffi Holz

Die Journalistin und Ethnologin hat die Rundreise für FIAN organisiert und als Co-Referentin und Übersetzerin begleitet.

Der gemeinsame Vortrag ist unter www.fian.de/einsehbar.

E-10-Flop trifft Zuckerkonzerne

Die geplante Beimischung von E-10-„Bioethanol“ zum Benzin, die an der unsicheren Wirkung auf die Motoren und an der schlechten Ökobilanz scheiterte, trifft derzeit vor allem die Zuckerindustrie. Die Zuckerkonzerne gehören zu den größten „Biosprit“-Herstellern: so die Südzucker („Crop-Energies“), die Nordzucker („fuel 21“) und die niederländische Suiker Unie („Anklam Bioethanol GmbH“). Weitere „Bio“-Ethanol-Konzerne: Verbio und Prokon Nord. en

Gentechnikfreie Bundesländer im Internet

Seit Kurzem können auf der Internetseite der „Gentechnikfreien Regionen in Deutschland“ alle Details zu den Vorreiter-Bundesländern abgerufen werden: Eine Reihe von Bundesländern arbeitet gegenwärtig daran, Gentechnik in der Landwirtschaft auszuschließen. In Bremen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen gibt es keinen Anbau von Gentechnik-Pflanzen auf landeseigenen Flächen. Entsprechende Bestrebungen gibt es auch in den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die sich im Koalitionsvertrag für die Gentechnikfreiheit ihrer Bundesländer aussprechen. Hamburgs Bürgerchafts-Beschluss unterstützt gentechnikfreie Regionen, schließt aber für die landeseigenen Flächen den Anbau gentechnischer Pflanzen nicht explizit aus. ch

Informationen unter: www.gentechnikfreie-regionen.de

Menschen von US-Kernkraftwerken bedroht

Im Südwesten der USA gefährden ein seit Wochen andauernder Waldbrand und das Missouri-Hochwasser mehrere atomare Anlagen. In Nebraska umschließt das Hochwasser das Atomkraftwerk von Fort Calhoun. Ein weiterer Meiler 160 Kilometer flussabwärts ist bei ansteigender Flut in Gefahr, teilweise überflutet zu werden. Dieser Reaktor ist noch in Betrieb. Dagegen befindet sich das AKW Fort Calhoun nach einem Brennelementewechsel im April und wegen der Flut-Gefahr noch im heruntergefahrenen Zustand. Trotzdem muss weiter gekühlt werden. Die Situation ist nicht vollständig unter Kontrolle. Seit ein Behelfsdeich aus Gummi bei Arbeiten auf dem Gelände zerstört wurde, ist ein Gelände geflutet, auf dem unter anderem Notstromaggregate gelagert werden. Mehrere Treibstofffässer wurden weggeschwemmt. Das Kraftwerk wurde zudem kurzzeitig vom äußeren Stromnetz getrennt. Auch war nach einem Feuer im Kontrollraum die Kühlung eines Beckens für 90 Minuten ausgefallen. Der Betreiber war im vergangenen Herbst wegen mangelnder Vorbereitung auf ein solches Hochwasser gerügt worden. Atomare Gefahr droht auch in New Mexiko: Ein seit Wochen andauernder Waldbrand hat das Gebiet „Tech Area 49“ erreicht, auf dem in den 60er Jahren mit atomarem Material experimentiert wurde. In der Nähe der wegen des Feuers evakuierten Stadt Los Alamos liegt Amerikas größtes Kernforschungszentrum. Eine Bürgerinitiative berichtete, das Feuer sei nur noch knapp 6 km von einer Deponie entfernt, auf der 30.000 Fässer mit Plutonium verseuchtem Wasser lagerten. *ch*

Sparen in der ländlichen Entwicklung

Es herrscht Irritation über die Absicht von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, die Gelder für ländliche Entwicklung in der EU Agrarpolitik drastisch zu kürzen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sieht Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Verantwortung dafür, dass über Kürzungen in der 2. Säule spekuliert wird. „Als EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos vorgeschlagen hat, die Direktzahlungen als den größten Ausgabenbereich der EU-Agrarpolitik an wirksame soziale und ökologische Kriterien zu binden, wollten die Bundesregierung und der Deutsche Bauernverband das ausbremsen, indem sie seichte Agrarumweltprogramme auflegen und mit Geldern aus der Strukturlinie der Ländlichen Wirtschaftsentwicklung bezahlen lassen wollten“, stellt der AbL Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf fest. „Das hätte diese zweite Säule finanziell geplündert und konzeptionell zerstört“. Die AbL fordert die Direktzahlungen der 1. Säule an soziale und ökologische Maßnahmen zu binden, ohne die 2. Säule finanziell zu belasten. EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Ciolos hat die Spekulationen zu den Kürzungsplänen Barrosos inzwischen zurückgewiesen. Die ländliche Entwicklung „wird nicht den Preis für die Diskussionen um den künftigen Agrarhaushalt tragen“, sagte Ciolos vor dem EU-Parlament. „Ich kann Ihnen versichern, dass ich selbst, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und die Europäische Kommission insgesamt der Zweiten Säule große Bedeutung beimessen“, so Ciolos. *mh*

Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben Ende Juni für den Beschlussentwurf des Agrarausschusses zur Reform der EU-Agrarpolitik gestimmt. Der Märzentwurf von Berichterstatte Albert Deß ist deutlich verändert worden. Das Parlament hat sich nun unter anderem für Obergrenzen bzw. Staffelung bei Direktzahlungen an Großbetriebe mit Berücksichtigung der Arbeitsplätze und Umweltleistungen ausgesprochen. Die Vorschläge von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos, die Direktzahlungen der 1. Säule an soziale und ökologische Standards zu binden, wurden im Grundsatz unterstützt. Die EU-Kommission wird im Herbst die Gesetzesvorschläge zur Agrarreform präsentieren. *mh*

Kurzes am Rande

Gegen Pressefreiheit!

BUND kritisiert Umgang mit anerkannter Journalistin der Ostsee-Zeitung

Dr. Roloff, Agrarexperte beim BUND: „Es ist ein Skandal, dass ein Präsident eines Landesbauernverbandes eine Journalistin zu einem persönlichen Gespräch zitieren kann und sie vorher für ihren Kommentar in der Öffentlichkeit diffamiert. Die Vertreter des Landesbauernverbandes haben wiederum deutlich gemacht, dass sie die notwendige Ökologisierung der europäischen Landwirtschaft nicht wollen. Die vorgeschlagenen ökologischen Vorrangflächen auf mindestens 10 Prozent der Betriebsfläche wird genauso abgelehnt, wie die Bindung der Direktzahlungen an obligatorische Agrarumweltleistungen, wie ökologische Mindest-Fruchtfolgen, ausgeglichene N- und Humus-Bilanzen, Grünlanderhalt sowie Anhebung der Tierschutzstandards“.

Hintergrund

Am 8. April verursachte ein Sandsturm auf der A 19 einen Massenunfall mit acht Toten und zahlreichen Verletzten. Der BUND gab auf Anfrage die industrielle Landwirtschaft als eine Ursache des Sandsturmes an, die durch jahrelange Vernachlässigung der Bodenfruchtbarkeit bzw. des Humusaufbaus und durch Ausräumung der Agrarlandschaft zur Wind- bzw. Bodenerosion beiträgt. Diese Auffassung wurde danach von zahlreichen wissenschaftlichen Experten bestätigt. Die *Ostseezeitung* berichtete von dem Unfall, gab die Meinung

des BUND wieder und die Redakteurin Elke Ehlers schrieb am 12. April dazu einen Beitrag und einen Kommentar mit dem Titel „Nicht Schuld, aber verantwortlich“. In diesem Kommentar nahm Frau Ehlers den Unfall als Anlass zum notwendigen Umsteuern in der europäischen Agrarpolitik und verwies auf die Blockadehaltung des Landesbauernverbandes bei der Ausgestaltung der zukünftigen europäischen Agrarpolitik, insbesondere dem sogenannten „Greening“. Auf der Homepage des Kreisbauernverbandes Nordvorpommern steht dazu seit dem 12. April eine Gegendarstellung des Präsidenten des Landesbauernverbandes Rainer Tietböhl, in der es heißt, dass es „fragwürdig und (abscheulich)“ ist, wenn diese schwere Massenkarambolage von der Ostseezeitung und auch vom BUND benutzt wird, um „mit ideologisch motivierten Behauptungen die hiesige Landwirtschaft zu verunglimpfen“. Es fand ein Gespräch zwischen Elke Ehlers und dem Chefredakteur der OZ sowie drei Vertretern des Landesbauernverbandes statt.

„Sandsturm auf A 19 - Landwirte weisen Vorwürfe zurück“ unter: http://www.bauernverband-nvp.de/bauernverband/index.php/Landwirtschaft_in_Nordvorpommern.html

Rückfragen: Dr. Burkhard Roloff, BUND, Tel.: 0385 52133913 und 0176 25190600

Zu niedrige Preise, zu viel Milch

Milchpaket riskiert neue Milchmarkt-Krise

Laut Milchpaket-Beschluss des Agrarausschusses im EU-Parlament sollen Molkereien, anders als zuvor von der EU-Kommission geplant, zu Lieferverträgen mit den Bauern verpflichtet werden. Problematisch ist aber, dass darin nebulöse Preisformeln und die Berücksichtigung der Marktentwicklung erlaubt sein sollen, was laut Anton Sidler, dem französischen Vertreter des European Milk Boards (EMB), einem Freifahrtschein zum Preisdrücken gleichkommt. Für Genossenschaften gilt wie in allen anderen Punkten eine Ausnahme: Sie sollen ihre eigenen Preisregelungen treffen. Das bedeutet auch, dass Lieferanten Preise weiter im Nachhinein erfahren. Romuald Schaber, Präsident des EMB kritisiert: „Sie leiden genau wie ihre Kollegen bei privaten Molkereien unter viel zu niedrigen Preisen – sollen aber nicht die Möglichkeit haben, in Verhandlungen mit ihrer Genossenschaft etwas an dieser Situation zu verändern.“

Ausbaubedarf in Richtung einer europäischen Monitoringstelle sieht Schaber bei dem geplanten Meldesystem für Mengen und Preise an nationale Institutionen. Es müssten, so Schaber, zudem die EU-weiten Vollkosten erhoben werden. Positiv sieht er, dass die nationalen Bündelungsgrenzen für Erzeugerorganisationen gegenüber dem Kommissionsvorschlag von 33 Prozent auf 40 Prozent gehoben wurden. Die EU-weite Bündelungsbarriere von 3,5 Prozent bleibt weiterhin weit hinter den EMB-Vorstellungen zurück. Bei beidem sind Genossenschaften ausgeschlossen. Schaber erkennt zwar in Ansätzen EMB-Forderungen wieder, sein Urteil ist dennoch deutlich: „Die nächste Krise ist mit den aktuellen Beschlüssen nicht vermeidbar.“ Dem Beschluss im Ausschuss folgt eine Abstimmung im Parlament, bevor dieses zusammen mit dem Rat das Milchpaket auf einen abschließenden gemeinsamen Nenner bringt. *ch*

Leserbrief: CO₂-Verpressung: „Alternativen? Keine!“

Alternativlos? Ja, schon wieder. Zuletzt konnten wir dieses Wort aus dem Mund der Kanzlerin im Herbst hören, damals hing es bereits wie ein verrutschter Heiligenschein über dem Ausstieg aus dem Atomausstieg. Heute wissen wir, wie eine ratlose Regierung durch den Lauf der Dinge plötzlich zu ungeahnten Gedankensprüngen mit praktischem Nachhall in Form von Gesetzesänderung in der Lage ist. Aber ich will jetzt nicht über diese Halbheiten dozieren. Es geht mir um die Zukunft der Altmark und in Wahrheit auch darüber hinaus, denn es sind in ganz Norddeutschland CO₂-Verpressungsstandorte ins Auge gefasst worden.

„Alternativlos“ dieses Wort kommt auch in dem neuerlichen CCS Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, das zurzeit den Gesetzgebungsprozess durchläuft. Die ersten Seiten der elektronischen Vorab-Fassung klären kurz über Problemstellung (Klimaschutz), Zielsetzung (CO₂-Reduktion), Lösungsweg (CCS Technologie), Alternativen (keine!) und Kosten (Bund: ca. 5,978 Mio./Jahr; Länder: ca. 5 Mio./Jahr, die nach der Übertragung der Verantwortung auf die Länder im Havariefall entstehen) auf. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit intellektueller Ignoranz ein 94-seitiges Gesetzwerk geschaffen wurde, welches die Grundlage bieten soll, unter dem Argument des Klimaschutzes große Teile vor allem der Norddeutschen Tiefebene und des Meeresgrundes einer mittelfristigen Verseuchung der Grundwasserressourcen auszusetzen und im Falle der Forschungsverpressung ohne Widerspruchsmöglichkeit durch Landesregierung und ohne Planfeststellungsverfahren, die Anwohner zu Versuchskaninchen degradiert,

keinerlei Alternativen zu dieser Risikotechnologie darstellen will. Diese Alternativen aber gibt es. Bereits am 14.12. 2010 hatte die BI gegen das CO₂ Lager Altmark in Berlin zu einem Infoabend ins Kaiser Haus Abgeordnete aller Fraktionen eingeladen, wo Herr Prof. Dr. Scholz (Uni Greifswald) seine Vorschläge zur gefahrlosen, energieeffizienten überaus billigen und sozialverträglichen Reduktion der CO₂ Luftwerte anschaulich unterbreitete (nachzulesen auf der Internetseite „kein CO₂ Endlager Altmark“). Folgerichtig zu den Hauptentstehungsursachen des Problems, nämlich globale Abholzung und Nutzung fossiler Energieträger, konnte er darstellen, dass eine weltweite Aufforstung im Umfang eines Drittels der Landesfläche Brasiliens ausreiche, um überschüssiges CO₂ zu binden und später dem Stoffkreislauf durch Untertagelagerung zu entziehen, bis die Energieversorgung umgestellt ist. Ist das ein zu einfacher Lösungsweg für die internationale Klimakonferenz?

Mir wird schon angst und bange, durch welchen nicht wieder gut zu machenden GAU auch die CO₂ Verpressung neue Gedankengänge über Alternativen bei der Regierung auszulösen imstande sein wird. Das CCS Gesetz ist ein Skandal! Unsere Alternative müssen wohl wir selbst ohne den Staat machen: 100 Prozent regionale Energieerzeugung aus EE (hier bitte den Nettoenergieeffekt berücksichtigen, d.h. wie viel Energie muss ich reinstecken und was kommt raus) und Speicherung finanziert aus Bürgergeld (Beteiligungen) und Sozialbanken, nebenbei aufpassen, dass die Strommonopolisten uns nicht den Weg versperren können.

Martina Herzog-Witten



Foto: Nürnberger

Leserbrief: zu dem Artikel „Grenzwertige Grundwasserqualität“ (Bauernstimme: 6/2011)

Spinne ich? Oder wer? Glyphosat (mit verschiedenen Beimischungen, z.B. Tallowamin) wird an Stelle des Pflugs in meiner Ackerbau-Umgebung allgemein eingesetzt – und kein Wort in eurem Artikel über die Zeitenwende vom Pflug

zum Gift. Könnt ihr mir das erklären? Haben meine Glypho-Nachbarn doch recht? Zitat: „Gottfried, keine Sorge um deine Quelle! Glypho kannst du trinken!“

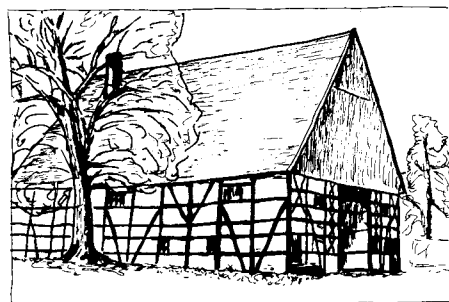
Gottfried Stollwerk, Bissendorf

Mein Vater dement?

oder Liebeserklärung an meinen Vater

Heute habe ich mal wieder bei meinen Eltern gefrühstückt, nach Wochen. Hatte mal wieder keine Zeit zwischendurch. Alles andere war wichtiger: Kartoffeln beregnen, Stallbau, Förderanträge (immerhin mit ELAN).

Meine Eltern sind beide über achtzig und führen ein selbstständiges Leben mit Haus und Garten.



... aus Westfalen

Ausgedehnte Fahrradtouren sind keine Seltenheit. Vater hat im letzten Jahr eine künstliche Herzklappe bekommen. Er würde sagen: Ich bin fit wie'n kaputter Turnschuh. Mutter hat ihre schon seit fünfzehn Jahren.

Nun ist es so, dass Papa, sagen wir mal, vergesslich geworden ist. Ja, es stimmt, als Mama vor zwei Jahren wegen

einer gebrochenen Hand drei Wochen im Krankenhaus war, habe ich mir auch Sorgen um ihn gemacht. Er kam alleine kaum zurecht. Als Mama wieder zu Hause war und das Leben wieder in geordneten Bahnen verlief, wurde es gleich besser.

Ich kann die Klagen aus der Sicht meiner Mutter verstehen: Er fragt schon mal mehrfach in der Stunde dasselbe. Er hat kaum noch Lust rauszugehen, traut sich vielleicht auch nicht alleine. Was ist daran schlimm? Braucht man all diese „Events“, zum Beispiel „Verkaufsoffene Sonntage“ inklusive Straßenzauber? Ich bin auf seiner Seite. Meine Schwester war mit ihm bei einer Ärztin. Da wird irgend so ein Test durchgeführt. Diagnose: beginnende Demenz.

Ist es ein Zeichen von Demenz, wenn man den Namen der Bundeskanzlerin nicht kennt? Die Frau ist promovierte Physikerin und hat dreißig Jahre gebraucht, um zu erkennen, dass Atomkraft gefährlich ist. Und für diese Erkenntnis brauchte es auch noch die Holzhammermethode. Diese Frau muss mein Vater nicht kennen!

Letztens ist mein Vater aus dem Kirchenchor ausgetreten, in dem er fünfzig Jahre gemeinsam mit meiner Mutter gesungen hat. Er hat dem neuen Chorleiter, der mittlerweile auch schon zehn Jahre im Amt ist, nie verziehen, dass ihn dieser nach seinem Amtsantritt kurzerhand ohne Vorwarnung als Solist ausgebootet hat. Das hatte er nicht verdient. Es war schon eine Leistung, es mit diesem Unsympath, der zum Lachen in den Keller geht, zehn Jahre auszuhalten. Über dessen Vorgänger sagt er immer: Unter dem hätte ich noch bei meiner eigenen Beerdigung gesungen. Und Papa soll dement sein? Ich sage nur: Gut gemacht.

Mein Vater kann herrlich philosophieren. Übers Gartenumgraben und übers Holzhacken. Oder er erzählt, wie er nach dem Krieg beim alten Sarotnik den Rotklee mit der Sense geschnitten hat. Das sind die wichtigen Themen. Vater soll bleiben, wie er ist.

Ein Bauer (54) erzählt ...

Japan - 日本国

Landwirtschaft unter schwierigen Bedingungen

Wie hoffnungslos selbst ein hoch-industrialisiertes Land wie Japan den Naturgewalten ausgesetzt sein kann, das haben wir vor einigen Wochen mit Entsetzen miterleben können. Ich habe das Land, einige Jahre vor dem schrecklichen Ereignis während eines landwirtschaftlichen Praktikums kennengelernt. Neun Monate arbeitete ich mit der Reisbauern-Familie Yamasaki in der Präfektur Chiba, 80 Kilometer östlich von Tokio.

Ertrunkener Reis

Bis zu den Knien standen sie im Wasser, die Sichel in der Hand, strohige Kegelhüte auf den Köpfen und schnitten vornübergebeugt die Reishalme: Vater, Mutter, die Söhne Yoshinori und Hirohiro und Onkel Ishida und trugen die Bündel dann an den Feldrand. Zwei Wochen lang versuchte Familie Yamasaki im Schweiß ihres Angesichts von ihrer Reisernte zu retten, was sie retten konnte. Denn die honiggelben Halme ihrer Reispflanzen waren nach einem Unwetter alle umgeknickt, die Ähren ertranken im Wasser.

Zwei Wochen vor der Kornreife werden die Felder trockengelegt, damit sie bei der Ernte mit dem Mähdrescher befahren werden können. Der letzte Taifun des Sommers, der dreizehnte in jenem Jahr, kam dazwischen und machte dem einen Strich durch die Rechnung.

Ernteausfälle

Die stark gedüngten Hohertragsorten, inzwischen 120 Zentimeter hoch gewachsen – aus einem Reishalm sind 30 Halme geworden, mit je einer überhängenden Rispe mit bis zu 100 Ährchen, macht etwa 3.000 Früchte pro Pflanze – waren zu hoch und schwer beladen, um Windgeschwindigkeiten von 150 Stundenkilometern standhalten zu können. Die starken Regenfälle taten ihr übriges. Die Pflanzen knickten, legten sich flach. Manuelle Reisernte war angesagt. Von sonst durchschnittlich fünf Tonnen pro Hektar wurden nur noch ein Drittel der Ernte eingefahren. Sohn Yoshinori wusste, dass sein rundkörniger, klebriger Japonica-Reis einmal viel wert sein würde, und wollte ihn,

Regierung hat sich verpflichtet, die gesamte erzeugte Menge zu einem Fixpreis aufzukaufen, der oft das zehnfache über dem Weltmarktpreis liegt.

Unproduktive Landwirte

Die Landwirtschaft Japans gehört zu den hochsubventioniertesten der Welt. Nach der schlechten Reisernte musste jedoch diesmal Reis aus dem Ausland importiert werden; mit einem Schutz-

zoll von fast 500 Prozent kam er auf den Markt. „Japans Reisbauern scheuen die Konkurrenz, weil sie nicht wettbewerbsfähig sind: sie sind die unproduktivsten Landwirte der Welt“, hieß es im *Spiegel* vor ein paar Jahren. Neben den klimatischen sind es geografische Hindernisse, die im Weg liegen. Durch die schmale 3.000 Kilometer lange Inselkette zieht sich ein Rückgrat aus Gebirgszügen mit zahlreichen Steilhängen. 66 Prozent der Landfläche sind bergig und mit Wald bewachsen. Die ebenen Flächen sind klein und liegen



Reis ernten unter schwierigen Bedingungen: überall Wasser!

zoll von fast 500 Prozent kam er auf den Markt. „Japans Reisbauern scheuen die Konkurrenz, weil sie nicht wettbewerbsfähig sind: sie sind die unproduktivsten Landwirte der Welt“, hieß es im *Spiegel* vor ein paar Jahren. Neben den klimatischen sind es geografische Hindernisse, die im Weg liegen. Durch die schmale 3.000 Kilometer lange Inselkette zieht sich ein Rückgrat aus Gebirgszügen mit zahlreichen Steilhängen. 66 Prozent der Landfläche sind bergig und mit Wald bewachsen. Die ebenen Flächen sind klein und liegen

Prozent aller Agrarhaushalte in Japan, waren auch sie auf Einkommen aus Tätigkeiten außerhalb der Landwirtschaft angewiesen. Doch ihre Reisfelder aufgeben, das würden sie nie. „Ausländer werden nie begreifen können, welche tiefe Bedeutung Reis für uns Japaner hat – er ist ein Symbol unserer Kultur“, legt mir Hoferbe Yoshinori nah.

Petra Jacob
unterwegs in der Welt,
berichtet für die Bauernstimme



Reis pflanzen mit Traktor und Pflanzmaschine

Begonnen hatte es wie immer. Während der Regenzeit, ab Juni, sind die Reisplänzchen in die überfluteten Felder mit Raupen-Traktoren und Pflanzgerät ausgesetzt worden, je drei in ein Pflanzloch. Das Getreide blieb bis Ende August im Wasser stehen, im schlammig-lehmigen Boden wuchsen die Pflanzen gleichsam wie in einer Nährlösung. „Reis liebt nasse Füße“, heißt es im Volksmund. Um ein Kilogramm Reis zu gewinnen, werden zwischen 3.000 und 10.000 Liter Wasser benötigt. Der Sommer zeigte sich aber ungewöhnlich kalt, verregnet und win-

anstatt an die staatlichen Abnahmestellen zu verkaufen, in der Scheune lagern. Und er sollte recht behalten. In ein paar Monaten würden die besten Reissorten Spitzenpreise von 21.000 Yen (180 Euro) per zehn Kilogramm auf dem Schwarzmarkt erzielen! Denn Yoshinori wusste, dass bei seinen Landsleuten am liebsten einheimischer Reis auf den Tisch kommt, dreimal täglich. „Selbstversorgung mit Reis ist ein Teil nationaler Sicherheit und Unabhängigkeit“, streicht der einstige Landwirtschaftsminister Koji Futada die Wichtigkeit der japanischen Bauern heraus. Die



Petra Jacob (r.) mit einem Teil der Gastfamilie Yamasaki im Reisfeld.

Fotos: Jacob

Milchkühe im Park

Was macht Stadt-Gärten zu Keimzellen politischer Bewegungen? Wozu Milchkühe im Park? Und was leisten die Interkulturellen Gärten? Städtische Garten-Initiativen wie die Prinzessinnengärten in Berlin haben es gezeigt: In den Großstädten erlebt der eigene Anbau von Gemüse und Obst eine Renaissance. Rund um das vielschichtige Thema Stadt, Gärten und Landwirtschaft lässt Christa Müller, Soziologin und Herausgeberin von „Urban Gardening“ Gartenaktivisten, Agrarwissenschaftler, Kulturwissenschaftler und Landschaftsplaner zu Wort kommen: Frieder Thomas sucht nach gemeinsamen Interessen und Kooperationsmöglichkeiten zwischen städtischen Gärtner-Initiativen und der ländlichen Landwirtschaft. Elisabeth Müller-Rentschhausen schreibt über die Geschichte des Community Gardening in Berlin. Und Frank Lohrberg befasst sich mit „Agrarfluren und Stadtentwicklung“. Urbanes Gärtnern scheint eine Antwort auf viele Probleme unserer Zeit zu sein: Gärten als Räume für Subsistenz, als Bildungsort für landwirtschaftsferne Kinder oder Modell für eine moderne Kreislaufwirtschaft. Praxisberichte, zahlreiche Bilder im Mittelteil und Beispiele aus aller

Welt runden das Fachbuch ab. *ch*

Christa Müller (Hg.); *Urban Gardening; Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt; Oekom-Verlag 2011; 349 Seiten; Gebundene Ausgabe; ISBN 978-3-86581-244-5; 19,95 Euro*



Kurzes am Rande

Fremde wurden zu Freundinnen

„Vorher hatte ich ja überhaupt keinen Kontakt zu Yeziden, die sind eben nicht bei uns im Schützenverein“ – so zitiert die *Hannoversche Allgemeine* eine Teilnehmerin an einer interkulturellen Schreibwerkstatt Celler Landfrauen mit yezidischen Kurdinnen. Dabei haben sich die Frauen ihre Lebensgeschichten erzählt und daraus ein Buch gemacht. Auch bei gemeinsamen Ausflügen und Feiern, beim Kochen und Backen für Büffets mit Leckereien der verschiedenen Kulturen gelang es, die Mauer des Schweigens zu brechen. Tiefe Freundschaften sind entstanden, „man geht gemeinsam ins Kino oder zum Konzert, besucht sich, hilft den Kindern bei den Hausaufgaben“. Über unterschiedliche und auch ähnliche Erfahrungen von Frauen unterschiedlicher Herkunft berichtet das Buch „Fremde, Frauen, Freundinnen – Yezidinnen und Landfrauen im Gespräch“ auf 130 Seiten. *en*
Es kann für 8,90 Euro plus Versandkosten im Internet bestellt werden beim Kreisverband der Landfrauen in Celle auf der Internetseite www.kreislandfrauen-celle.de

Tierische Freundschaft

Eine Geschichte über einen jungen Storch, der aus dem Nest fiel und einen Sommer zusammen mit den Kühen erlebt. Das Buch lebt vor allem von seinen Bildern und zeigt den Bauernhof als heile Welt-Raum zwischen Misthaufen und Fachwerkhaus. Im Gegensatz zu den Phantasie anregenden Illustrationen plätschert die Handlung in ihrem Mittelteil eher etwas seicht dahin. Angenehm ist, dass kein aufdringliches umweltpädagogisches Ziel verfolgt wird. Ein Vorlese- und für Kinder zwischen 2 und 6 Jahren. *ch*
Susanne Laschütza: Bis nächstes Jahr Karl Adebar. Neuauflage 2008, Agri-media GmbH. 14,95 Euro. ISBN: 978-3-86037-370-5. Über den ABL Bauernblattverlag zu bestellen, Tel.:02381/4992221



Der künstlerische Blick auf den Hof

19 europäische Höfe unterschiedlichster Art hat die Künstlerin Antje Schiffers zusammen mit ihrem Lebensgefährten und Filmemacher Thomas Sprenger besucht: Unterschiedliche Klimate und Kulisen, unterschiedliche Preise, unterschiedliche Menschen. Der Deal zwischen dem Paar und den Landwirtschaftsfamilien: Ein Hof-Gemälde von Schiffers gegen eine Dokumentation über das Landwirtsleben. In dem mit unzähligen Fotos illustrierten Buch dokumentiert das reisefreudige Paar die Hof-Stationen ganz individuell: Vom stichwortartigen Tagesablauf einer Bäuerin bis zu persönlichen Eindrücken zu den jeweiligen Gegenden. Als „roter Faden“ fungieren die Hof-Gemälde. Es geht um Hofentwicklungen, persönliche Motivationen in dem Beruf und Berichte über die landesspezifischen Agrarstrukturen. Ein Buch, das wegen der privaten Einblicke nicht nur für Bauern spannend sein dürfte. *ch*
Antje Schiffers und Thomas Sprenger: Ich bin gerne Bauer und möchte es auch gerne bleiben. Argobooks 2010. 258 Seiten. Dreisprachig: Landessprache, Deutsch, Englisch. ISBN-10: 3941560573. 24,80 Euro zu beziehen über den ABL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

-Expl. Nützt ja nix Stückpreis 11,00 €
-Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Ein Bauer erzählt, CD Stückpreis 10,00 €
- Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Nehmt und Euch wird gegeben Stückpreis 27,40 €
- Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
- Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 9,50 €
- Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
- Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag Stückpreis 3,- €
- Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) Stückpreis 3,50 €
- Expl. Wege aus der Hungerkrise Stückpreis 3,10 €
- Expl. Linda und Konsorten Stückpreis 14,90 €
- Expl. was für'n schöner Scheiß, CD Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzensnack vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

Sonstiges

● Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand: Boden-/Pflanzenschutzmittel mit sich ergänzenden Mikroorganismen. Für Landw., Wein/Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse. Auch für Tierhaltung u. Gülle. Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich, ☎ 06484 8908-95, Fax: -28, info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu

Sonstiges

● Bioland-Ackerbaubetrieb (33 ha + 5 ha Wald) in Oberschwaben zu verkaufen. Felder können auch nur gepachtet werden. Getreidelager (235 t) /Trocknung/Reinigung, Kartoffel- u. Gemüsekühlräume, Hofladen. Wohnhaus mit Gaststätte und Fremdenzimmern. ☎ 07352-7504, Fax: -7738

● BiolandGemüsebau-Gärtnermeisterin möchte sich selbstständig machen. Suche z. Aufbau e. Gärtnerei Hof 2-4 ha Land im Münsterland sowie Kompanion (männl/weibl), der/die Lust hat mitzumachen! RA.BABA@gmx.de

● Suche kinder- und tierliebe Frau (ab 40) für groß. Ferienhof bei Damp in S-H, Wohnung auf Betrieb Bedingung. Kurzbewerbung mit Bild an: info@holunderhof-helle.de

● Jung gebliebenes Ehepaar sucht landwirtschaftlichen Betrieb oder Hühnerhof zur Übernahme. Pacht, Erbpacht, Mietkauf oder ähnliches. ☎ 06733-6134, info@multyfarm.de

● Hof mit Nebengebäuden und Land außerhalb oder Ortsrandlage gesucht. Pacht, Erbpacht, Mietkauf oder ähnliches. ☎ 06733-6134, info@multyfarm.de

Für den Gärtnerhof Oldendorf im Landkreis Osterholz suchen wir ab Anfang 2012

Pachtnachfolger

für den Demeter-Gemüsebaubetrieb (mit Lehrlingsausbildung). Zurzeit werden auf ca. 3 ha (1.400 qm unter Glas und Folie) Gemüse und Kartoffeln angebaut; Vermarktung über drei Wochenmärkte, Abokisten und Hofladen. Zusammenarbeit mit der „Oldendorfer Saatucht“ (Saatucht und Landwirtschaft) ist erwünscht.

Bewerbungen bitte an den Trägerverein:

Gesellschaft für Landwirtschaft und Pädagogik e.V., Kyffhäuserstraße 4, 28329 Bremen, Tel. 04791-5181

BIOGAS-Intensiv

04. bis 08. Juli 2011, Kirchberg/Jagst

Qualifizierungskurs für Anlagenbetreiber in fünf individuell buchbaren Modulen. Der Lehrgang vermittelt weitergehende detaillierte theoretische und praktische Hilfestellungen zur Qualifizierung von Anlagenbetreibern. Ziel der Schulung ist es, den Teilnehmern fundiertes Wissen zu vermitteln und ihnen zu ermöglichen, den Betrieb der Vergärungsanlage in mehrerer Hinsicht zu optimieren.

Programm:
http://ibbk.fachgruppe-biogas.de
IBBK Fachgruppe Biogas GmbH,
☎ 07954 9262-03, Fax: -04,
www.biogas-zentrum.de

Abl-NRW: Feldbesichtigung

06. Juli 2011, Beckum

Feldbesichtigung der Ackerbohnen und Besprechung der Bestände mit Herrn Klockenbusch von der Landwirtschaftskammer sowie weitere Infos zum Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ der Abl-NRW.

Von 9.30 bis ca. 11.30 Uhr auf dem Hof Sprenger, Roland 1, 59269 Beckum. Kontakt: Abl-NRW, Christoph Dahmann, ☎ 02381-9053170, dahmann@abl-ev.de

Klonfleisch? Nein Danke!

08. Juli 2011, München

In den USA finden Verbraucher seit einigen Jahren Lebensmittel von Nachkommen geklonter Tiere im Supermarktregal. In Europa sollte das Klonen von Tieren in der Novel Food Verordnung neu geregelt werden. EU-Kommission, EU-Parlament und Mitgliedsstaaten konnten sich jedoch nicht einigen. Im Fachgespräch wollen die Grünen Landtagsfraktion Bayern und der Agrarpolitische Sprecher der Grünen EU-Fraktion klären, welche

Veranstaltungen

Auswirkungen des Klonens auf Tiergesundheit und Verbraucher hat und wie viele Klon-Lebensmittel schon in den deutschen Supermarktregalen liegen. Dazu die Studie „Klonen von Nutztieren – eine todsichere Anwendung?“. Referenten: Christoph Then, Testbiotech; Anne Franke, MdL und Sprecherin für Verbraucherschutz; N.N., Vertreter Öko-Anbauverband; Prof. Eve-Marie Engels, Lehrstuhl für Ethik in den Biowissenschaften, Uni Tübingen; Romuald Schaber, Vorsitzender Bund Deutscher Milchviehhalter; Martin Häusling, MdEP und Sprecher für Agrarpolitik.

13-17 Uhr, Saal 3 im Bayerischen Landtag. Anmeldung bis 5.7.2011: Christina.krueger@gruene-fraktion-bayern.de, Fax: 089-4126-1494

Tierschutz – Schweinestall oder Streichelzoo?

09. Juli 2011, Tarmstedt

Bei der landwirtschaftlichen Fachausstellung in Tarmstedt lädt dieses Jahr die Landjugend Niedersachsen zum Forum „Tierschutz – Schweinestall oder Streichelzoo?“ ein. Podiumsdiskussion mit der jungen Abl, der jungen Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands und der niedersächsischen Landjugend.

14.00 bis 15.30 Uhr in Zelthalle 2 der Tharmstedter Ausstellung

Gentechnik auf unserem Teller?

14. Juli 2011, Bonn

Wie viel Gentechnik steckt heute schon in unserer Nahrung und wie erkennt man das? Wer entscheidet darüber, wie viel Genfood auf unseren Tellern landet? Und reichen die bisherigen Regelungen wie z.B. die Kennzeichnungspflicht aus, um Gesundheit und Umwelt nachhaltig zu schützen? Beim Wissenschaftscafé haben die Besucher die Möglichkeit, mit Experten verschiedener Fachrichtungen über Chancen und Risiken von Genfood zu sprechen, u.a. mit Christoph Then, Testbiotech; Alexander Mauckner, Ökologischer Ärztebund; Britta Chafik, Greenpeace Bonn; Stefan Rauschen, Uni Aachen; Annemarie Volling, Abl.

19.00 bis ca. 21.30 Uhr im Bistro des LVR-LandesMuseum Bonn, Colmantstr. 14-16, Bonn, Nähe Hbf. Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich. Infos: Brigitte Eckert, ☎ 0228 20161-40, brigitte.eckert@wilabonn.de

40 Jahre Bioland

31. Juli 2011, Horgenzell

In Baden-Württemberg liegen die Wurzeln des Bioland-Verbandes. Höhepunkte der Feierlichkeiten: Grußworte von Alexander Bonde, Landwirtschaftsminister Baden-Württemberg, und Jan Plagge, Präsident Bioland Verband. Das Einhaldegespräch – mit der Politik im Dialog, Lesung mit Tatort-Kommissar Andreas Hoppe und Schauspielerin Jacky Roussety, Kabarett mit Bioland-Obsterzeuger Reinhard Ortlieb und Bioland-Geschichtswerkstatt.

Zur Feier von 11 bis 19 Uhr sind Freunde und Interessierte herzlich eingeladen auf den Einhaldehof in Horgenzell (bei Ravensburg). Alle Infos zu 40 Jahre Bioland unter www.bioland-bw.de/landesverband/40-jahre-bioland.html

Nyeleni-Europa Forum 2011 für Ernährungssouveränität

16. bis 21. August 2011, Krems/Österreich

Das Forum ist von ECVC (Europ. Koordination Via Campesina) und weiteren europäischen Organisationen initiiert, um die Bewegung für Ernährungssouveränität in Europa zu stärken. Ziel ist es, die verschiedenen Akteure zusammen zu bringen, die im Bereich Ernährungssouveränität in Europa aktiv sind, damit sie Erfahrungen austauschen, Initiativen entwickeln und gemeinsame Strategien zur Umsetzung in Europa ausarbeiten. Auch die europäische Agrarpolitik und das Saatgutrecht werden zentrale Themen dabei sein.

Infos zur Teilnahme bei Henrik Maaß (Junge Abl), ☎ 05542-6199546, maass@abl-ev.de und unter: www.nyeleni-europe.net

Bauernhofkindergarten

09. bis 11. September 2011,

Altenkirchen

Bauernhofkindergarten oder Kindergarten auf dem Bauernhof in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof e.V. mit den Schwerpunkten: Praxismodelle und Konzeptionen von Bauernhofkindergärten. Was muss ich beachten, wenn ich einen Bauernhofkindergarten gründen möchte? Tiergestützte Pädagogik mit Nutztieren im Elementarbereich. Bauernhofkindergarten – ein wirtschaftliches Standbein für den landwirtschaftlichen Betrieb.

Anmeldung und Info: Hans-Heiner Heuser, Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951613, Fax: -70202, heuser@lja.de

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

Grünland hat Potenzial

- Weidegang: Vollzeit oder Teilzeit?
- Weide als Wirtschaftsfaktor
- Klima, Grasland und Kühe
- Futter: Alles bio, alles regional?

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr; Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, www.LebendigeErde.de

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste.

Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS September 2011 ist am 17. August 2011.

Hunger ist ein Verbrechen, aber wir können es bekämpfen...

Donnerstag, den 1. September 2011
19.30 Uhr, Handwerkskammer Lüneburg, Friedenstraße 6

AbL, BUND und Heinrich-Böll-Haus Lüneburg laden zur öffentlichen
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Weltagrarbericht

Referent: Benedikt Haerlin,
Zukunftsstiftung Landwirtschaft und Aufsichtsrat im Weltagrarbericht

Kurze Stellungnahmen von:

Klaus Mielke, Germanwatch (angefragt)

Eckehard Niemann, Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Annemarie Volling, Gentechnikfreie Regionen Deutschland

Martin Schulz, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Im Foyer gibt es einen Infostand vom Heinrich-Böll-Haus Lüneburg

Infos: Georg Janßen, **AbL** Tel: 04131-407757



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel: 01511-1201634; mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/397857



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;

Homberg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon:0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039

Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:

08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute

Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.

08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512;

ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef

Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara

Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,

Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de

Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250;

Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Er ziert zahllose Fotos zur Bauernsternfahrt in sämtlichen Zeitungen in Deutschland, jedenfalls auf seiner Route.

Anonyme Stars der Sternfahrt

Er ist im Fernsehen zu sehen. Ohne ihn keine Bauernsternfahrt. Vom neunundzwanzigsten Mai bis zum neunten Juni ein Star vor dem Herrn. Aber wird er je namentlich erwähnt? Die Antwort ist ernüchternd. Nein.

Die Rede ist von Herrn Steyr. Sein voller Name ist Achtnullfünffünf Steyr. Wohnhaft in Maulbronn auf dem Schülenswaldhof unweit von Stuttgart. Seine Papiere weisen das stolze Alter von dreißig Jahren aus. Er ist auch schon ein bisschen herum gekommen. Dresden kennt er noch von einer Dienstreise. In Straßburg hat er schon demonstriert. In Berlin war er noch nie. Sein Anzug, den er immer trägt, auch für den Besuch in der Hauptstadt, ist rot weiß mit dezent rostfarbener Musterung. Nur eine Windschutzscheibe existiert. Alle Seiten- und Türfenster hat er zu Hause gelassen. Die trägt er ohnehin nie, da sie bei der täglichen Arbeit nur stören. Auf dem Hof ist er für die Fütterung der hundertdreißig Rinder zuständig. Und er war nie krank. Das liegt neben seinem guten Immunsystem auch daran, dass er überhaupt keine Elektronik besitzt.

Auf der Sternfahrt zeigt er überraschender Weise kleine Schwächeanfalle. Einmal spritzte es im Motorblock, aber ein Landtechniker, der trotz Feiertag sofort die Untersuchung vornahm, gab Entwarnung. Ein anderes Mal gab es Probleme mit dem Kühlwasser. Das kennt Herr Steyr überhaupt nicht von sich, aber er führt das darauf zurück, dass er richtig Gas gibt. Tag um Tag. Zu Hause muss er nie so schnell fahren und schon gar nicht rund um die Uhr. Vollgas heißt bei ihm, dass er bestenfalls dreißig und ein

paar Stundenkilometer auf die Straße bringt. Seine besonders großen Kollegen mit PowerComS-Armlehne, gefederter Vorderachse und so reichen mit dem Hinterreifen sogar bis zum Dach von Herrn Steyr. Dem ist das aber egal. Die Situation erinnert ihn ein bisschen an einen oppositionellen Bauernverein, dessen Name ihm gerade nicht einfällt, der im Vergleich zu anderen Bauernverbänden recht klein ist, aber trotzdem eine große Klappe hat. Genau,

Hintern und dann müssen sie ihre Kräfte nicht so einteilen. Sie fahren ja auch keine 1.600 Kilometer in zwölf Tagen. Vom Rückweg gar nicht erst zu sprechen.

Der Rückweg ist ohnehin ein Phänomen. Fragt man Herrn Steyr und seine Kollegen, wie denn der weite Weg zurück geplant ist, zucken alle nur mit den Schultern. Ein engagierter Bauer aus Ostfriesland hat kurzerhand seinen auch schon leicht in die Tage gekommenen Herrn John Deere für die Bauernsternfahrt zur Verfügung gestellt. Wohlwissend, dass er selbst zwei Tage nach der Abschlusskund-

gebung in Berlin einen Urlaub gebucht hat und wohlwissend, dass er zu dem Zeitpunkt keine Ahnung hat, wer außer ihm Herr Deere zurück auf den Hof fahren könnte. Für einen Autozug ist Herr Deere jedenfalls zu groß. So weit ist der ostfriesische Bauer in seinen Planungen schon gekommen.

Aber erstmal Berlin. Denkt sich Herr Steyr auch. Er hat es geschafft. Samt Anhänger mit bunten Transparenten und Blumen fährt er erhabenen Hauptes in die Stadt ein. Direkt vor das Kanzleramt. Kennt er alles schließlich auch nur aus dem Fernsehen. Dort trifft er seine Kollegen von den anderen Routen.

Wie immer um einige Köpfe größer und um Jahre jünger als er. Aber die Sache verbindet. Auch groß und klein. Hauptsache die EU-Agrarpolitik wird im Kern bäuerlich ausgerichtet. Da sind sich Herr Steyr und seine Kollegen einig. Das fordern sie einstimmig von der Kanzlerin. Dafür haben sie die ganzen Kilometer gekämpft. Das muss jetzt mal gewürdigt werden.

Berit Thomsen



„Einmal Allgäu-Berlin und zurück. Alles für meine Zukunft. Ich kann ihnen sagen.“

Foto: Thomsen

denkt sich Herr Steyr. Bloß nicht von der Größe beeindruckt lassen.

Wenn die Kollegen Herrn Steyr für einige Fahrtstunden des Weges begleiten, dann spotten manche ein bisschen und rufen: „Geht es nicht schneller?“ Stoisch und stumm setzt Herr Steyr seinen Weg fort. In seinem Tempo. Er lässt sich nicht beirren. Sie haben gut reden. 120 PS und vielleicht auch mehr unterm

unabhängige bauernstimme: auch für Vielfahrer

07/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221